

Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch (Hrsg.)

MIGRATION IN DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

**VERSUCH EINER PERSPEKTIV-
ERWEITERUNG AUF DIE GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE**

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch (Hrsg.)

MIGRATION IN DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

**VERSUCH EINER PERSPEKTIV-
ERWEITERUNG AUF DIE GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE**

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Impressum

1. Auflage

© 2023 Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

info@gegen-vergessen.de

www.gegen-vergessen.de

Redaktion: Annalena Baasch, Ulli Engst, Dennis Riffel

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Gestaltung und Layout: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck und Herstellung: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.

ISBN 978-3-9825211-4-5

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung: Warum Migration zur Demokratieggeschichte gehört	5
Demokratie erkämpfen	11
Die Forty-Eighters – Mathilde Franziska Anneke und die transatlantische Frauenemanzipation	12
Die Unterstützung der DDR-Opposition aus der Bundesrepublik durch DDR-Migranten – die Wege von Wilhelm Knabe und Roland Jahn	18
Demokratie etablieren	25
Martin Dibobe und das Erbe des Kolonialismus	26
Zurück, um die Demokratie aufzubauen: Das Ehepaar Weichmann und die Remigration nach Deutschland ab 1945	32
Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln	39
Aktivitäten von Ruhrpol:innen im Vereinswesen	40
Migrantischer Arbeitskampf im Jahr 1973	46
Politische Partizipation und Migration in der Bundesrepublik	51
Demokratie verteidigen und verlieren	59
„Fremd im eigenen Land“: Rechtsextreme Anschläge in den 1990er Jahren	60
Anhang	69

EINLEITUNG: WARUM MIGRATION ZUR DEMOKRATIEGESCHICHTE GEHÖRT

Schon auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte 2021 wurde Migrationsgeschichte als ein Gebiet der Demokratiegeschichte identifiziert, das bisher zu wenig Beachtung gefunden hat.¹ Dem vorausgegangen war am 25. Februar 2021 ein kritischer offener Brief des *Decolonize*-Bündnisses an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und den Sprecher:innenrat der Arbeitsgemeinschaft, der unter anderem den Vorwurf enthielt, die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte sei zu einseitig auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft fokussiert und blende beispielsweise den Kampf gegen koloniale Unterdrückung aus.² Dies machte unmissverständlich deutlich, dass die historischen, eben auch die demokratiegeschichtlichen, Wurzeln unserer gegenwärtigen Migrationsgesellschaft vielschichtiger und multiperspektivischer sind als bisher meist angenommen und dargestellt.

Der Historiker und Migrationsforscher Jochen Oltmer definiert Migration als „[r]äumliche Bewegungen von Menschen, die weitreichende Konsequenzen für die Lebensverläufe der Wandernden haben und aus denen sozialer Wandel resultiert“ sowie als „[m]eist verbunden mit einem längerfristigen Aufenthalt andernorts und als Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien oder Kollektiven angelegt“³. Beim Blick auf deutsche Geschichte wird schnell klar, dass auch sie stets von der Zu- und Abwanderung von Menschen geprägt war, die ihre Vorstellungen und Ideen mitbrachten, weiterentwickelten und dann wiederum an einem anderen Ort verbreiteten – von Menschen mit Migrationsgeschichte. Deshalb hält die Historikerin Maria Alexopoulou „eine grundsätzliche Demokratisierung der Geschichtsschreibung für geboten, die alle Bevölkerungsgruppen mit ihren Anliegen, Kämpfen und Beiträgen gleichermaßen historisierend in den Blick nimmt und sie nicht ignoriert oder an den Rand drängt“.⁴

Diese Feststellungen gelten in gleichem Maße für die Demokratiegeschichte, denn auch freiheitlich-demokratische Werte, Normen und Konzepte sowie die Menschen, die sich dafür einsetzten, verbreiteten sich stets über die Grenzen von Staaten und Kulturkreisen hinweg. Was für die Geschichtsschreibung selbst gilt, trifft auch auf die Erinnerungs- und Gedenkkultur(en) zu, die in der Regel von der Mehrheitsgesellschaft⁵ geprägt und gestaltet werden und dadurch migrationsgeschichtliche Perspektiven und Erfahrungen nicht oder nur unzureichend berücksichtigen.

Der Befund von 2021, Migrationsgeschichte werde im Themenfeld Demokratieggeschichte noch zu wenig beachtet, ist also weiterhin aktuell. Zwar gibt es inzwischen Aufsätze wie den von Heike Bungert zu den sogenannten „Forty-Eighters“⁶ und auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat in mehreren Aufsätzen und Publikationen sowie in zwei Blogs⁷ auf den Zusammenhang von Demokratie- und Migrationsgeschichte hingewiesen.⁸ Doch nun möchten wir mit der vorliegenden Handreichung diesen Prozess stärker systematisieren und versuchen, migrationsgeschichtliche Perspektiven explizit in die Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratieggeschichte mit einzubeziehen.

Die Broschüre richtet sich speziell an Institutionen und Organisationen, die sich bereits mit Demokratieggeschichte befassen, zum Beispiel die mittlerweile 100 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratieggeschichte. Sie möchte Möglichkeiten und Wege aufzeigen, wie bisherige Blickwinkel auf Demokratieggeschichte um migrationsgeschichtliche Perspektiven erweitert werden können. Dies geschieht anhand von acht historischen Beispielen, in denen sich Migrationsgeschichte mit der Geschichte von Demokratie und Partizipation verbindet. Die Beispiele wurden nicht nur von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. selbst recherchiert, einige wurden im Austausch mit Orten der Demokratieggeschichte in Form von mehreren Online-Fachgesprächen zusammengetragen. So kann nun eine Vielfalt an historischen Akteur:innen vorgestellt werden. Darunter sind konkrete Personen, aber auch Organisationen und Strukturen aus den Themenfeldern Migrations- und Demokratieggeschichte.

Außerdem fragt die Handreichung, was uns die Geschichte von Demokratie und Demokratisierungsprozessen für die Migrationsgesellschaft, in der wir heute leben, geben kann. Welche Beispiele und Methoden lohnen sich für eine Beschäftigung mit diesem Thema, was kann man daran vermitteln und lernen? Ziel der Handreichung ist es, die AG-Mitglieder und weitere im Themenfeld Demokratieggeschichte Arbeitende für das Thema Migrationsgeschichte und Migrationsgesellschaft heute zu sensibilisieren. Sie möchte erste Ansätze und Vorschläge liefern sowie anhand bestehender Projekte vorstellen, wie die Transformation einer überwiegend mehrheitsgesellschaftlich geprägten demokratieggeschichtlichen Erinnerungskultur in eine Erinnerungskultur der vielfältigen Migrationsgesellschaft vonstattengehen kann. Dies ist eine Herausforderung, der sich Akteur:innen der historisch-politischen Bildung sowie der Geschichtsvermittlung stellen sollten. Profitieren werden davon alle.

Konzeptuelle und strukturelle Grundlage der Broschüre stellt die Beschreibung der vier Phasen der Demokratieggeschichte dar, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in vorherigen Publikationen entwickelt und erfolgreich in der Vermittlungsarbeit angewandt hat.⁹

In allen Phasen – „Demokratie erkämpfen“, „Demokratie etablieren“, „Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln“ sowie „Demokratie verteidigen und verlieren“ – lassen sich migrantische Einflüsse auf die deutsche Demokratiegeschichte verorten. Das von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. erarbeitete Konzept beschreibt die deutsche Demokratiegeschichte als Abfolge von Entwicklungsabschnitten, die einander ablösen und in denen je nach Herrschaftsform verschiedene Formen demokratischen Handelns möglich sind.

Bei der Darstellung der vier Phasen unter Berücksichtigung migrationsgeschichtlicher Perspektiven zeigt sich eine gewisse Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. So können zu verschiedenen Zeitpunkten in der deutschen Geschichte diejenigen Strukturen, die von der Mehrheitsgesellschaft als demokratisch verstanden werden, bestimmten migrantischen Gruppen die Teilhabe erschweren oder sie sogar vollständig davon ausschließen. Hier bleibt es weiterhin zu diskutieren, ob sich Phasen der Demokratiegeschichte – beispielsweise „Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln“ auf der einen und „Demokratie erkämpfen“ auf der anderen Seite – auch überschneiden können.

Der Zeitraum, in dem sich die historischen Beispiele der vorliegenden Handreichung verorten lassen, erstreckt sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis hinein in die jüngste Vergangenheit. Geografischer Rahmen ist Deutschland beziehungsweise das staatliche Gebilde, das zum jeweiligen Zeitpunkt als „Deutschland“ verstanden wurde. Beide Dimensionen, zeitlicher und geografischer Rahmen, lassen sich dabei zweifellos erweitern – genau wie die Auswahl inhaltlicher Beispiele. Diese Handreichung versteht sich entsprechend als ein erster Aufschlag, der hoffentlich Inspirationen und Impulse für weitere Projekte in der Geschichtsvermittlung und der historisch-politischen Bildung geben und damit einen Beitrag zur Zusammenführung von Migrations- und Demokratiegeschichte in unserer gegenwärtigen Migrationsgesellschaft liefern wird.

Auch diese Publikation entstand unter Mitarbeit vieler verschiedener Personen. Wir bedanken uns zum einen bei den Kolleg:innen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zum anderen bei der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte, deren Mitglieder dieses Mal noch stärker als in der Vergangenheit den konzeptuellen Prozess mit vielen hilfreichen Anregungen und Hinweisen begleitet haben. Nun wünschen wir eine spannende Lektüre und hoffen, dass die Handreichung den einen oder anderen Perspektivwechsel ermöglicht. Wir freuen uns wie immer auf alle weiteren Diskussionen zum Thema Demokratiegeschichte.

-
- 1 Siehe: [online] <https://www.demokratie-geschichte.de/wp-content/uploads/2021/10/Presstext-Jahresgung-OdDG-2021.pdf> [30.10.2023].
 - 2 Siehe: [online] https://www.demokratie-geschichte.de/wp-content/uploads/2021/04/Offener-Brief-an-AG-Orte-der-Demokratiegeschichte_Decolonize-Bündnis.pdf [30.10.2023].
 - 3 Jochen Oltmer: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. Bonn 2016, S. 9.
 - 4 Maria Alexopoulou: Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. In: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 463–484, S. 464.
 - 5 Der Begriff „Mehrheitsgesellschaft“ beschreibt den Bevölkerungsteil, der in einem Land als „normal“ gekennzeichnet wird. In den Ländern der westlichen Welt sind damit meist diejenigen Menschen gemeint, die beispielsweise weiß, christlich, heterosexuell, ohne geistige oder körperliche Beeinträchtigung, ohne Armutserfahrungen und nicht zweigeschlechtlich sind bzw. so gelesen werden. Nicht selten handelt es sich dabei aber aufgrund einer sich zunehmend diversifizierenden Gesellschaft um eine gefühlte Mehrheitsgesellschaft, die „Normalität“ vorgibt.
 - 6 Heike Bungert: Deutsche „Forty-Eighters“ in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 7–9 (2023), S. 31–38, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/1848-49-2023/518141/deutsche-forty-eighters-in-den-usa> [30.10.2023].
 - 7 Siehe www.demokratiegeschichten.de sowie www.migrations-geschichten.de.
 - 8 Vgl. Michael Parak: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte? Beispiel 1848/49. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1848/49, 7–9 (2023), S. 39–44, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/1848-49-2023/518142/demokratiestaerkung-durch-demokratiegeschichte> [30.10.2023], und ders.: Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in der kommunalen Erinnerungskultur. In: Michael Parak, Norbert Böhnke (Hrsg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte. Beispiele aus Halle, Berlin, Potsdam, Berlin 2020, S. 8–35, siehe besonders S. 16, 24 und 27, [online] <https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratiegeschichte> [26.04.2023]
 - 9 Diese sind u. a. ausführlich dargestellt in: Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel (Hrsg.): Demokratiegeschichte bloggen. Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Berlin 2020, [online] https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumentel/Broschueren/Demokratiegeschichten_bloggen.pdf [30.10.2023].

DEMOKRATIE ERKÄMPFEN

Die Demokratie ist weder selbstverständlich noch ein Naturgesetz. Sie muss aktiv von Menschen erkämpft werden, die sich in einem undemokratischen System gegen eben jenes auflehnen. Dabei birgt der Einsatz für Demokratie in einer Autokratie und Diktatur viele Gefahren sowie immer auch die Möglichkeit des Scheiterns.

Die Forty-Eighters – Mathilde Franziska Anneke und die transatlantische Frauenemanzipation

In Deutschland wird Migration(sgeschichte) meist bezüglich der Frage diskutiert, welche Menschen nach Deutschland einwandern. Doch Teil der Migrationsgeschichte eines Landes sind auch diejenigen, die gehen. Gerade mit Blick auf das 19. Jahrhundert ist Auswandern ein Massenphänomen. So gingen zwischen 1816 und 1914 rund 5,5 Millionen Deutsche in die Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei verband das Ergreifen „wirtschaftlicher Chancen als dominierendes Wanderungsmotiv [...] sich nicht selten mit politischen und religiös-konfessionellen Motiven“.¹⁰

Mit Blick auf die Demokratiegeschichte sticht dabei eine Gruppe von 4.000 bis 10.000 Männern und Frauen heraus, die während oder nach der Revolution von 1848/49 aus politischen Gründen auswanderten. In der neuen Heimat erhielten sie deshalb den Namen „Forty-Eighters“ und ihnen kam „eine weit über ihre geringe numerische Anzahl hinausgehende Rolle sowohl in der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft als auch bei der Bildung einer deutschamerikanischen Ethnizität“¹¹ zu. „Gebildet und eloquent, gaben sie wichtige Impulse für das kulturelle Leben und die politische Partizipation der Einwanderer.“¹² Die Forty-Eighters setzten sich aus Anhänger:innen verschiedenster politischer Strömungen zusammen, von liberalen Demokrat:innen über traditionelle Republikaner:innen und utopische Sozialist:innen bis hin zu radikal-marxistischen Kommunist:innen.¹³

Die meisten Forty-Eighters waren auch nach ihrer Auswanderung weiterhin politisch aktiv. Häufig engagierten sie sich für die 1854 gegründete Republikanische Partei, die sich unter anderem gegen die Sklaverei einsetzte; viele kämpften dann auch im Amerikanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Nordstaaten. Auch im Bildungssektor war der Einfluss der Forty-Eighters zu spüren, etwa im Bereich der frühkindlichen Erziehung in Kindergärten. Ähnliches gilt für das Schulwesen, wo sie sich für progressives Reformunterricht einsetzten. Viele der bekannteren Forty-Eighters waren als Journalist:innen sowie Publizist:innen im Zeitungswesen tätig und gründeten einflussreiche deutschamerikanische Blätter. Darüber hinaus organisierten sich die Ausgewanderten in Turnvereinen oder Männerchören und veranstalteten deutschamerikanische Volksfeste. Dabei war die Revolution von 1848 lange zentraler Ort der Erinnerungskultur der Forty-Eighters.¹⁴

Weil es sich bei diesen Ausgewanderten um eine derart diverse Gruppe handelte, ist es unmöglich, die eine Person zu nennen, die exemplarisch für alle stehen könnte. Was sie eint, ist der Umstand, dass sie alle eine deutsch-amerikanische Migrationsgeschichte haben. Eine Geschichte, wie sie beispielsweise Mathilde Franziska Anneke (1817–1884) hat, die nach Ansicht der Historikerin Irina Hundt „zu den herausragenden Demokratinnen des 19. Jahrhunderts“¹⁵ zählt. Ihr großes Verdienst war ihr Beitrag zur Frauenemanzipation: „Her insights constituted an original feminist theory which allowed the construction of coherent meaning out of seemingly isolated individual experiences.“¹⁶

Wie so oft waren es auch bei Mathilde Anneke persönliche Erfahrungen, die sie auf soziale Missstände aufmerksam werden ließen. So ging ihre erste Ehe 1837 in die Brüche, was sie gesellschaftlich ruinierte. Dies führte ihr unmissverständlich vor Augen, in welcher machtlosen Position und unter welchem Ausmaß an sozialer Kontrolle sich Frauen befanden.¹⁷ Zwei Jahre später zog sie nach Münster, wo sie erste Artikel zu gesellschaftspolitischen Fragen und im Speziellen zur Rolle der Frau veröffentlichte.¹⁸

1847 folgte sie Fritz Anneke, einem aus der preußischen Armee entlassenen Artillerieleutnant, nach Köln und heiratete ihn wenig später. Die Annekes organisierten bald mehrmals in der Woche Treffen mit Gleichgesinnten, um gemeinsam zu

Deutsche Emigrant:innen gehen in Hamburg an Bord eines Dampfschiffs mit Kurs auf die USA, 19. Jhd.



lesen, zu musizieren und zu diskutieren. Darüber hinaus beteiligten sie sich an zahlreichen Massenkundgebungen und Vereinsgründungen, von denen Mathilde Anneke in verschiedenen liberalen Zeitungen berichtete.¹⁹

Mit Unterstützung ihres Mannes arbeitete sie außerdem an der Herausgabe einer „sozial-demokratischen“ Tageszeitung. Im September 1848 erschien dann tatsächlich die erste Ausgabe der *Neuen Kölnischen Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten* (NKZ). Das Blatt sprach sich für die „Schaffung sozialer Gerechtigkeit durch die Beseitigung der spätfeudalen Verhältnisse und die Gründung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft im vereinten Deutschland“ aus.²⁰



Mathilde Franziska Anneke, um 1840

Nachdem sich die Annekes beide militärisch an den revolutionären Kämpfen im Mai 1849 in Südwestdeutschland beteiligt hatten, flohen sie kurz vor dem Fall der Festung Rastatt in die Schweiz. Noch während der Flucht schrieb Mathilde Anneke Zeitungsberichte, später hielt sie ihre Erlebnisse in ihren Memoiren fest. Im Oktober 1849 emigrierte das Ehepaar schließlich von Le Havre aus nach New York.

Auch in den USA setzte Mathilde Anneke ihre frauenemanzipatorischen Tätigkeiten fort und sprach sich als talentierte Rednerin für das Frauenwahlrecht aus. 1852 gründete sie die *Deutsche Frauen-Zeitung. Central-Organ der Vereine zur Verbesserung der Lage der Frauen*, in der sie die Frauenemanzipation aufs Engste mit der sozialen Frage verband. Sie scheute sich darüber hinaus nicht, auch Defizite der Demokratie in den USA offen anzusprechen. So befürwortete sie beispielsweise gegen die Sklaverei auch radikale Formen des Protests.²¹

Weiterhin verfolgten die Annekes in der Hoffnung auf einen Revolutionsschub die politischen Ereignisse in Europa, ließen sich sogar für ein paar Jahre in Zürich nieder, wo Mathilde Anneke weiterhin publizierte. Dabei schrieb sie nicht nur journalistische Texte, sondern war auch politisch-belletristisch tätig. Als eine von wenigen Autorinnen konnte sie sich sowohl in Deutschland als auch in den USA als erfolgreiche Schriftstellerin etablieren.²²

1865 kehrte sie in die USA zurück und gründete ein Bildungsinstitut für Mädchen. Ihre frauenemanzipatorische Tätigkeit gipfelte 1869 in der Wahl zur Vizepräsidentin und Vertreterin des Staates Wisconsin im Vorstand der *National Woman Suffrage Association*. Ihren letzten großen öffentlichen Auftritt hatte sie im Juni 1880 als Eröffnungsrednerin des Frauenkongresses in Milwaukee.

Wie so viele Vorreiter:innen war Mathilde Anneke ihrer Zeit voraus. Trotz ihrer großen Bemühungen um Frauenemanzipation und Gleichberechtigung auf zwei Kontinenten ähnelte ihr Leben einem Kampf gegen Windmühlen: „[S]he remained an outsider, a feminist in an environment which largely ridiculed the idea of women’s equality.“²³

Demokratie und Auswanderung

Es gibt verschiedene Einschätzungen dazu, welche Auswirkungen Aus- bzw. Abwanderung auf die Gesellschaft der Zurückgebliebenen und den Zustand der Demokratie hat. So beschreibt beispielsweise eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) aus dem Jahr 2019 am Beispiel ländlicher Gegenden Thüringens Abwanderung als einen von mehreren Faktoren, die den Grad fremdenfeindlicher und demokratieskeptischer Einstellungen negativ beeinflussen.²⁴ Neben anderen Faktoren führe Abwanderung zu demografischer Homogenität der Bevölkerung, was letztlich zur Entstehung eines Teufelskreises beitrage: Abwanderung in Kombination mit fehlender Zuwanderung führe zu weniger Offenheit gegenüber neuen Zugewanderten, was wiederum in noch weniger Zuwanderung resultiere.

Eine Studie aus dem Jahr 2016 kommt wiederum im Fall Moldawiens zu einem gegenteiligen Ergebnis.²⁵ Nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch Wissen und Werte gelangen nach der Auswanderung zurück in die alte Heimat. Durch eine solche demokratisierende Veränderung des Weltbildes könne die Stabilität autoritärer Elemente bis hin zur Regierung selbst erschüttert werden. Laut dieser Studie kann die Abwanderung in Länder mit gefestigten Demokratien also einen Beitrag dazu leisten, dass sich demokratische Werte und Vorstellungen in Herkunftsländern etablieren und verfestigen.

Es gibt demnach keine allgemeingültige Regel, ob Abwanderung grundsätzlich positiv oder negativ für die Demokratie ist. Meist ist es ein Spektrum verschiedener Auswirkungen, abhängig vom jeweiligen (historischen) Kontext.

Im Falle der Forty-Eighters war es für die deutschen Gesellschaften sicherlich zum einen ein Verlust, ein Aderlass an demokratischem Potenzial, das sich stattdessen an anderer Stelle entfalten konnte. Das heißt nicht, dass sich die Demokratie als Staatsform ohne diesen demokratischen „Brain Drain“ zwingend früher als 1918/19 durchgesetzt hätte – kontrafaktische Geschichtsschreibung ist stets mit Vorsicht zu genießen. Die Vielfalt an Ideen und Vorstellungen, wie eine demokratische Gesellschaft in Deutschland aussehen könnte, hat aber sicherlich darunter gelitten. Die Aktivitäten der Forty-Eighters haben die US-amerikanische Gesellschaft und Demokratie zwar nicht revolutioniert, aber doch in spürbarem Maße politisch, sozial und kulturell bereichert.

Zum anderen hat aber Deutschland bzw. in gewisser Weise Europa als Ganzes von der Forty-Eighters-Emigration langfristig profitiert. So brechen Auswanderinnen und Auswanderer in der Regel nicht alle Brücken konsequent ab, wenn sie sich in eine neue Heimat aufmachen, sondern haben weiterhin Kontakte zu Verwandten, Freund:innen und anderen Weggefährten:innen. Entsprechend konnten demokratische Ideen und Vorstellungen, die in den USA diskutiert oder sogar bereits erprobt wurden, durch diese Kommunikationskanäle von dem einen auf den anderen Kontinent gelangen.

Für Angebote der Geschichtsvermittlung gibt es damit viele Anknüpfungspunkte, wie Migration und Demokratiegeschichte am Beispiel der Forty-Eighters dargestellt werden können. Dabei könnte der Fokus auf einzelnen Personen wie Mathilde Franziska Anneke liegen; auf einem Vergleich von demokratischen Vorstellungen und Ideen in den USA und in Europa bzw. deren Umsetzung; oder auch auf historischen Quellen wie Briefen und was diese uns über demokratische Vorstellungen, Hoffnungen und Wünsche erzählen. Eine Kombination aller Aspekte in einer umfangreicheren Darstellung böte dabei ein noch tiefergehendes Verständnis der transatlantischen Forty-Eighters und ihrer migrantischen Demokratiegeschichten.

Das Auswanderermuseum BallinStadt Hamburg

Am historischen Ort der Hamburger Auswandererhallen erzählt das *Auswanderermuseum BallinStadt* die Geschichte historischer Migrationsbewegungen und erklärt das Phänomen in der Gegenwart. Benannt nach Albert Ballin (1857–1918), Generaldirektor der Reederei HAPAG, legt das Museum dabei einen besonderen Fokus auf die deutsche Auswanderung im 19. Jahrhundert in Richtung USA. Es setzt sich in drei Häusern, die früher Teil eines Durchgangslagers für Millionen von Auswandernden waren, nicht nur mit der Geschichte des eigenen Ortes

auseinander, sondern vermittelt auch in verschiedenen Themenräumen, wie Migration die deutsche Geschichte geprägt hat. Die Besucher:innen lernen dabei beispielsweise konkrete Persönlichkeiten und ihre Wünsche und Träume, aber auch allgemeine Gründe für Migration kennen. Nicht selten kommt dabei das Verlangen nach einem Leben in Freiheit und nach Demokratie direkt oder indirekt zur Sprache. Das Museum zeigt darüber hinaus auf, wie stark gesellschaftliche Identitäten und Vorstellungen vom Austausch mit anderen Ländern und Kulturen geprägt sind.

Weitere Informationen unter www.ballinstadt.de

-
- 10 Jochen Oltmer: Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart. 2. überarb. u. erw. Aufl. Darmstadt 2020, S. 61.
 - 11 Heike Bungert: Deutsche „Forty-Eighters“ in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 7–9 (2023), S. 31–38, S. 31.
 - 12 Wolfgang Helbich, Walter D. Kamphoefner (Hrsg.): Deutsche im Amerikanischen Bürgerkrieg. Briefe von Front und Farm 1861–1865. Paderborn 2002, S. 37.
 - 13 Vgl. Mischa Honeck: We are the Revolutionists. German-Speaking Immigrants and American Abolitionists after 1848. Athens 2011, S. 3.
 - 14 Vgl. Bungert: Forty-Eighters, S. 34 ff.
 - 15 Irina Hundt: Mathilde Franziska Anneke (1817–1884). Eine radikale Demokratin auf zwei Kontinenten. In: Frank-Walter Steinmeier (Hrsg.): Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918. München 2021, S. 199–211, S. 200.
 - 16 Annette P. Bus: Mathilde Anneke and the Suffrage Movement. In: Charlotte L. Brancaforte (Hrsg.): The German Forty-Eighters in the United States. New York 1989, S. 79–92, S. 80.
 - 17 Ebd., S. 79 f.
 - 18 Vgl. Hundt: Mathilde Franziska Anneke, S. 200 ff.
 - 19 Vgl. ebd., S. 204.
 - 20 Vgl. ebd., S. 205.
 - 21 Vgl. ebd., 207 f.
 - 22 Vgl. Hundt: Mathilde Franziska Anneke, S. 208 f.
 - 23 Bus: Mathilde Anneke, S. 87.
 - 24 Vgl. Katja Salomo: The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidence from the East German State Thuringia. In: Political Geography, 2019, Jg. 69, März, S. 103–117.
 - 25 Vgl. Toman Barsbai et al.: The Effect of Labor Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence from a Former Soviet Republic. In: American Economic Journal: Applied Economics 9/3 (2017), S. 36–69.

Die Unterstützung der DDR-Opposition aus der Bundesrepublik durch DDR-Migranten – die Wege von Wilhelm Knabe und Roland Jahn

Sind DDR-Flüchtlinge oder Ausgebürgerte aus der DDR nach Westdeutschland Migrant:innen? Wir sprechen in diesem Fall von Binnenmigration. Zwar erlebten die Migrant:innen keine sprachliche Veränderung und geografisch war die Distanz nicht groß. Dafür migrierten die Menschen in ein politisch, sozioökonomisch und kulturell völlig anderes System, das ihnen nicht vertraut war. Sie migrierten von der Diktatur in eine Demokratie. Die Menschen, die bis 1989 die DDR verließen, nahmen dafür Repressionen und teilweise lange Haftstrafen in Kauf. Flüchtlinge riskierten Leib und Leben. Zudem verließen nicht alle Migrant:innen freiwillig die DDR: Tausende wurden aus politischen Gründen inhaftiert und nach einer Zeit im Gefängnis oftmals von der Bundesrepublik freigekauft. Andere wurden ausgewiesen oder – wie der Liedermacher Wolf Biermann 1976 – nach einer Auslandsreise nicht wieder zurück in die DDR gelassen. Möglichkeiten einer legalen Ausreise aus der DDR in die Bundesrepublik gab es erst im Vorfeld der Wiedervereinigung 1990.

Die Gründe, weshalb Menschen die DDR verlassen wollten, waren vielfältig. Von den vor dem Berliner Mauerbau Geflüchteten gaben 56 Prozent politische Gründe an, darunter nannten sie mit 29 Prozent am häufigsten als Grund ihre „Ablehnung politischer Betätigung“, die „Ablehnung von Spitzeldiensten“ sowie „Gewissensnotstände und Einschränkung von Grundrechten“. Es folgten mit 15 Prozent persönliche oder familiäre Gründe, mit 13 Prozent wirtschaftliche Gründe, meistens waren dies „Zwangskollektivierung“ und „Verstaatlichung“. Zehn Prozent gaben den Wunsch nach besseren Einkommens- oder Wohnverhältnissen an. Diese Motive blieben bis in die letzten Jahre der DDR ähnlich.²⁶

Für viele spielte das DDR-Regime auch nach ihrer Flucht noch eine zentrale Rolle in ihrem Leben. So spiegeln beispielsweise die Migrationsgeschichten von Wilhelm Knabe und Roland Jahn zwei Wege wider, die Demokratiebestrebungen in ihrem Herkunftsland vom Westen aus zu unterstützen.

Wilhelm Knabe wurde 1923 in Arnsdorf (Sachsen) geboren. Aus dem Krieg und der Gefangenschaft kehrte er 1945 als überzeugter Pazifist zurück und trat aufgrund seines christlichen Glaubens in die CDU ein. Bis 1950 studierte er Forstwirtschaft



Wilhelm Knabe beim Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen, Mülheim 2014

an der Technischen Hochschule Dresden, 1957 wurde er promoviert. Knabe nahm aus politischer Überzeugung an keiner Wahl in der DDR teil. Auch lehnte er aus pazifistischen Gründen ab, als Reserveoffizier zur Nationalen Volksarmee zu gehen. 1959 entschied der Familienvater sich dann, mit seiner Frau und seinen Kindern aus der DDR zu fliehen. Zu dieser Zeit war die Berliner Mauer noch nicht gebaut, die Grenzen zwischen Ost und West waren noch durchlässig, doch eine legale Ausreise aus der DDR war nur mit langen Antragsfristen und einer Zustimmung der Behörden möglich. Die Familie ließ sich nach ihrer erfolgreichen Flucht im Ruhrgebiet nieder.

Später ging Wilhelm Knabe in die Politik und gründete unter anderem die Partei „Die Grünen“ mit. Von 1987 bis 1990 war Knabe Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Teil des Innerdeutschen Ausschusses suchte er den Kontakt zu Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR. Er schmuggelte eine Druckmaschine zur Umweltbibliothek nach Berlin-Prenzlauer Berg, der Zentrale der Umweltgruppen in der DDR.²⁷ Über diese Maschine druckten die Mitglieder der Umweltbibliothek heimlich

Flugblätter, Aufrufe und nicht genehmigte Texte. Sie umgingen damit die Zensur. Druckmaschinen waren in der DDR im Privatbesitz nicht erlaubt.



Roland Jahn als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen beim Bürgertag in der ehemaligen Stasi-Zentrale, 2012

Eine gänzlich andere Migrationsgeschichte erlebte Roland Jahn, der 1953 im thüringischen Jena geboren wurde. Seine Opposition gegen die Politik der DDR begann während seines Studiums in Jena. In verschiedenen Aktionen machte er auf die staatliche Zensur in der DDR und auf den Tod seines besten Freundes Matthias Domaschk in einem Gefängnis der Staatssicherheit aufmerksam. 1982 wurde er zu 22 Monaten Haft wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ und „Missachtung staatlicher Symbole“²⁸ verurteilt, kam aber nach internationalen Protesten und Berichten in bundesdeutschen

Medien wieder frei. Im Jahr darauf gründete er mit anderen Oppositionellen die Friedensgemeinschaft Jena, die unter anderem politische Partizipation einforderte. Am 8. Juni 1983 wurde Jahn gewaltsam aus der DDR ausgebürgert. Unter einem Vorwand bestellte man ihn zum Wohnungsamt, wo ihn ein Stasi-Kommando festnahm, in Knebelketten zum Grenzbahnhof Probstzella brachte und in ein Abteil des Interzonenzugs nach Bayern einschloss.²⁹

In Westdeutschland begann Jahn als freier Journalist zu arbeiten und produzierte unter anderem Beiträge für das ARD-Magazin *Kontraste* über Menschenrechtsverletzungen und die Oppositionsbewegung in der DDR. 1989 begleitete er mit Fernsehbeiträgen in der Bundesrepublik die Friedliche Revolution in der DDR, die größtenteils auch östlich der deutsch-deutschen Grenze empfangen werden konnten und für eine Öffentlichkeit der Geschehnisse sorgten. Die DDR-Medien zensurierten jeglichen Bericht über die Proteste. Roland Jahn schmuggelte Videokameras in die DDR. Er erinnert sich:

Weil ich wusste: Fernsehen, das ist genau das, was wichtig ist, was bis in den Osten einstrahlen muss, was die Massen erreicht. Und nicht nur die Untergrundpresse, die immer dieselben erreicht. Das Medium Fernsehen wurde für mich immer wichtiger. Ich habe in der Redaktion „Kontraste“ angefangen zu arbeiten, die für die ARD gesendet hat – und versucht, diese illegal gedrehten Videos aus der DDR unterzubringen. Fernsehen hat auch Mut gemacht, endlich auf die Straße zu gehen. Auch die Aufnahmen vom 9. Oktober, von der legendären Demonstration in Leipzig, sind mit einer Videokamera gemacht worden, die ich rübergeschleust habe. Die Freunde haben diese Aufnahmen dort mit viel Mut und Risiko gemacht. Sie wurden in den Westen geschmuggelt, und wir haben sie ausgestrahlt, in die Wohnzimmer der DDR hinein.³⁰

Demokratische Bestrebungen in Diktaturen brauchen Unterstützung

Die Unterstützung demokratischer Bewegungen aus dem Ausland in diktatorischen oder autokratischen Staaten ist aktueller denn je. Schauen wir etwa auf die belarussische Bürgerrechtlerin Maryja Kalesnikawa. Bis 2020 lebte die Musikerin in Deutschland und schloss sich dann der belarussischen Demokratiebewegung an. Seit Herbst 2020 sitzt sie in Belarus in Haft.

Wer sich in Russland aktuell gegen den Kreml und seinen Angriff auf das Nachbarland stellt, begibt sich in Gefahr. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die

Ukraine sind zahlreiche Russ:innen aus ihrem Heimatland geflohen, auch nach Deutschland. Im Mai 2022 waren es schätzungsweise zwischen 200.000 und 500.000 Regimegegner:innen, Oppositionelle und Andersdenkende³¹, die sich mit der russischen Führung nicht gemeinmachen wollen – inzwischen ist die Zahl gestiegen. Von Deutschland aus versuchen einige von ihnen, sich für ein „freies Russland“ einzusetzen. Während die Unterstützung der Oppositionsbewegungen im Kalten Krieg hauptsächlich über Funk, Fernsehen und Printmedien geschah und verbotene Vervielfältigungsgeräte geschmuggelt wurden, verlagert sich die Unterstützung heute in den Bereich der Sozialen Medien.

Einer, der geflüchtet ist, aber unermüdlich nach Russland hineinsendet, ist der Journalist Maksim Kurnikov. Er war stellvertretender Chefredakteur des im März 2022 in Russland verbotenen Radiosenders *Echo Moskwy*. Die Mitarbeitenden machten auf Youtube weiter, auch in Telegram-Kanälen. Heute lebt Kurnikov in Berlin, wo er an ein Netzwerk aus Journalist:innen anknüpfen konnte und eine YouTube-Sendung produziert.³² Materielle Unterstützung, die früher bei der Unterstützung der Opposition noch eine wichtige Rolle spielte, wird heute über den bargeldlosen Zahlungsverkehr ins Ausland geregelt.

Fakt ist: Für Betroffene mit eigenen Erfahrungen von Repression und Flucht aus einem diktatorischen oder autokratischen Staat liegt die intrinsische Motivation nahe, sich für die Demokratie- und Freiheitsbewegung in der alten Heimat zu engagieren. Eine wichtige Grundlage für dieses Engagement sind damals wie heute die freien Medien in der neuen Heimat; in der Demokratie ist diese Freiheit gesichert. Medienberichte über die Situation in Diktaturen sind Schaufenster in ein geschlossenes Land, mit deren Hilfe die Welt über die Realität des Alltags und der Politik aufgeklärt wird. Gleichzeitig strahlen diese Berichte zurück in das Heimatland und schaffen dort eine Öffentlichkeit, die diktatorische Staaten unterbinden.

Darüber hinaus zeigt der Blick in die Geschichte, dass oppositionelle Gruppen, die sich in diktatorisch oder autokratisch regierten Ländern für die Demokratisierung ihres Landes einsetzen, direkte und indirekte Unterstützung in ideeller, finanzieller und materieller Form aus dem demokratischen Ausland benötigen. Dabei ist die ideelle Unterstützung nicht zu unterschätzen. Sie gibt den Befürwortern von Demokratie und Freiheit internationalen Rückhalt und Bestätigung für ihren Weg.

Ansatz für die historisch-politische Bildung bietet der Vergleich der oppositionellen Unterstützung von damals und heute. Zu vergleichen sind die Gründe und die Wege

der Migration in die Demokratie sowie die Formen der Unterstützung der Oppositionsbewegung im Heimatland. Welche Veränderungen gab es im Laufe der Jahre? Biografien von Migrant:innen damals und heute können helfen, die Veränderungen zu verbildlichen. Diese Biografien zeigen darüber hinaus auch die hohe Relevanz der Unterstützung von Demokratiebewegungen aus dem Ausland bis heute.

Informations- und Unterrichtsmaterial für eigene Projekte

Eigenständige Projekte oder Dokumentationen, die sich mit der Unterstützung der Demokratiebewegung im Heimatland durch Geflüchtete beschäftigen, sind bislang noch nicht zu finden. Stattdessen bieten verschiedene Internetseiten Informationen rund um die Oppositionsbewegung in der DDR, die Friedliche Revolution 1989 sowie ihre Protagonist:innen. Pädagogische Fachkräfte für die schulische und außerschulische Arbeit können hier gezielt Informationen und Quellen für die eigene Arbeit finden.

Jugendopposition.de ist ein multimediales Internetangebot über die Auflehnung von Jugendlichen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR bis 1990. Für den pädagogischen Einsatz werden außerdem ergänzende Unterrichtsmaterialien angeboten. Über Roland Jahn gibt es auf dieser Seite eine Biografie sowie eine längere Video-Interview-Sequenz, in der er über seine Unterstützung der DDR-Opposition berichtet. Daneben bietet die Internetseite *www.revolution89.de* eine Biografie über Roland Jahn, in der auch auf seine Unterstützung der DDR-Opposition eingegangen wird. Auch Informationen über die beginnende Öffentlichkeit der Oppositionsbewegung in der DDR und Hilfe aus der Bundesrepublik lassen sich auf dieser Seite finden.

Weitere Informationen unter *www.jugendopposition.de* und *www.revolution89.de*

26 Hartmut Wendt: Die deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40-jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise. In: Deutschland Archiv 4, 24 (1991), S. 386–395, S. 389.

27 Ein Dunkelgrüner – Wilhelm Knabe, Pionier der Öko-Partei. WDR 5-Hörfunksendung vom 5. Oktober 2023 [online] <https://web.archive.org/web/20131202234719/http://www.gruene-mh.de/politik/wdr-knabe.html> [04.11.2023].

28 Biografie Roland Jahn, [online] www.jugendopposition.de [04.11.2023].

29 Ebd.

30 Roland Jahn – Unterstützung der DDR-Opposition. Zeitzeuge, [online] www.jugendopposition.de [04.11.2023].

31 Gesine Dornblüth, Thomas Franke: Krieg in der Ukraine. Wie die russische Opposition von Deutschland aus agiert. Deutschlandfunk 11.05.2022, [online] <https://www.deutschlandfunk.de/russische-opposition-deutschland-100.html> [03.11.2023].

32 Ebd.

DEMOKRATIE ETABLIEREN

Auch nach dem erfolgreichen Überwinden einer autokratischen oder diktatorischen Herrschaft ist nicht automatisch Demokratie hergestellt. Eine Demokratie aufzubauen ist dabei nicht einfach und der Zeitpunkt, wann genau die Etablierungsphase abgeschlossen, ist nicht selten schwer zu benennen.

Martin Dibobe und das Erbe des Kolonialismus

„Die Eingeborenen verlangen Selbständigkeit und Gleichberechtigung, wie es jetzt in der neuen sozialen Republik in Deutschland eingeführt ist.“³³ So lautet die erste Bedingung der „32 Forderungen der Afrikaner in Deutschland“, die am 27. Juni 1919 an das Reichskolonialministerium gerichtet wurde. Nur eine Woche zuvor war eine Eingabe derselben Gruppe an die Weimarer Nationalversammlung gesendet worden. Im Mai hatte Reichskolonialminister Bell ein erstes Schreiben erhalten.

Doch wer waren die „Afrikaner in Deutschland“, die sich innerhalb kürzester Zeit an verschiedene hochrangige Personen und Institutionen wandten? Und was verbarg sich hinter ihrem Anliegen? Anhand ihres gewählten Vertreters, Martin Dibobe, unter dessen Namen die Petition auch bekannt ist, lässt sich ihre Geschichte beispielhaft erzählen.

Martin Dibobe wurde 1876 als Quane a Dibobe in Bonapriso (Kamerun) geboren. Nur acht Jahre später wurde Kamerun zu einer deutschen Kolonie (auch als „Schutzgebiet“ bezeichnet). Das deutsche Kaiserreich war eine „verspätete Kolonialmacht“; im Vergleich zu anderen kolonialen Großmächten wie etwa Großbritannien oder Frankreich, die schon im 15. und 16. Jahrhundert Kolonien proklamiert hatten, begann Deutschland spät, Gebiete in Übersee für sich zu beanspruchen. Dies lag auch daran, dass es „Deutschland“ lange Zeit nicht gab, sondern nur einzelne Herzogtümer und Königreiche, für die Kolonien kein realistisches politisches Ziel darstellten. Doch mit der Einigung der deutschen Nation 1871 war die Teilung in Kleinstaaten überwunden. Infolgedessen vertraten viele Deutsche die Meinung, dass Deutschland, um seinen Platz unter den europäischen Großmächten zu sichern, auch eigene Kolonialgebiete haben müsse.³⁴ Nationalismus und Kolonialismus gingen hierbei also Hand in Hand.

1884/85 lud Reichskanzler Otto von Bismarck nach Berlin zur Westafrika-Konferenz ein, die auch als „Kongo-Konferenz“ bekannt ist. Bei dieser Konferenz teilten die europäischen Großmächte den afrikanischen Kontinent untereinander auf. So sollten Konflikte um Territorien verhindert werden, doch auf die afrikanischen Länder und ihre Einwohner:innen wurde dabei keine Rücksicht genommen. So kam auch Deutschland zum ersten Mal in den Besitz mehrerer „Schutzgebiete“ in Afrika. Das dortige deutsche Kolonialreich umfasste Gebiete der heutigen Staaten Burundi, Ruanda, Tansania, Namibia, Kamerun, Gabun, Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Nigeria, Togo und Ghana.

Mit der Errichtung der Kolonien kam es nun auch in Deutschland vermehrt zur Ausrichtung von sogenannten Völkerschauen. Bei diesen Veranstaltungen wurden Menschen zumeist außereuropäischer Ethnien vor Publikum zur Schau gestellt. Teilweise wurden für die Völkerschauen ganze Dörfer aufgebaut, um die Menschen in ihrer „authentischen“ Umgebung zeigen zu können. Oft wurden aber auch bestehende Parks oder Zoos genutzt, ein Beispiel dafür ist der Hamburger Tierpark Hagenbeck. Hier wurden bis in die 1930er Jahre Menschen neben Tieren ausgestellt. Die Völkerschauen lockten Millionen von Besucher:innen an und brachten den Veranstaltenden beträchtliche Gewinne ein.³⁵

Martin Dibobe kam 1896 im Rahmen einer dieser Völkerschauen mit 95 weiteren Afrikaner:innen nach Berlin. Die meisten von ihnen erhofften sich, durch die Anwerbung bessere Bildungschancen in Deutschland zu erhalten. Zunächst waren sie jedoch für sechs Monate Teil der Kolonialausstellung der Berliner Gewerbeausstellung im Treptower Park.

Nach Ende der Ausstellung entschloss sich Dibobe, in Berlin zu bleiben. Zunächst begann er eine Ausbildung als Schlosser, dann wechselte er – begeistert von den modernen Bahnen – zur Berliner Hochbahn. Hier wurde er zum Zugbegleiter ausgebildet und fuhr in den Zügen der U-Bahn-Linie 1. Später war er als Zugführer 1. Klasse tätig und

Martin Dibobe als Zugführer bei der Berliner U-Bahn, 1902



hatte somit Beamtenstatus. Er war der erste afrikanische Zugführer Berlins und wurde zu einer lokalen Berühmtheit. Ein Bild von ihm, das ihn neben einem der Wagen zeigt, ist noch heute am U-Bahnhof Hallesches Tor in Berlin-Kreuzberg zu sehen.

Nicht nur beruflich, auch im Sozialen lebte sich Dibobe bald ein. 1901 heiratete er Helene Noster, die Tochter seines Vermieters. Gleichzeitig begann er sich für die Sozialdemokratie zu interessieren und sympathisierte offen mit der SPD.

Wohl zum ersten Mal kehrte Dibobe 1906/07 in seine Heimat zurück. Er reiste im Auftrag der Reichsregierung nach Kamerun, wo er als Berater beim Bau der dortigen Eisenbahn helfen und zugleich als Friedensstifter fungieren sollte. Doch während seines Aufenthalts wurden ihm die Ungerechtigkeiten des Kolonialsystems abermals bewusst. So beschwerten sich mehrere der Stammeshäuptlinge, mit denen er in Kontakt kam, über die Gräueltaten der Kolonialbehörden an der Bevölkerung. Körperstrafen und Misshandlungen, Zwangsarbeit und Enteignung waren zu dieser Zeit keine Seltenheit, auch wenn die Einwohner:innen der Kolonialgebiete offiziell als „Schutzbefohlene“ galten.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde Dibobe aktiv im Kampf für die Gleichberechtigung von Afrikaner:innen. Er setzte sich beispielsweise in der 1914 gegründeten Liga für Menschenrechte ein und engagierte sich weiter für die Sozialdemokratie. Von deren Anhänger:innen erhoffte er sich eine Verbesserung der Verhältnisse in den Kolonien, insbesondere nachdem die Sozialdemokrat:innen 1918 zum ersten Mal an die Regierung kamen.

Doch Dibobes bedeutendstes politisches Zeugnis ist ohne Zweifel die Eingabe der „32 Forderungen der Afrikaner in Deutschland“. Statt die Unabhängigkeit der Kolonien zu fordern, stellten Dibobe und die anderen Verfasser sich bewusst unter die Autorität der Nationalversammlung.³⁶ „Unverbrüchliche Treue“ gelobten sie der jungen Republik – doch dafür verlangten sie eine Gegenleistung: die gleichen Rechte für Einwohner:innen der Kolonien, wie sie alle deutschen Staatsbürger:innen genossen.

Eine Antwort auf die Petition blieb aus. Ob sie von der Weimarer Nationalversammlung und dem Reichskolonialamt ignoriert wurde oder ob sie in dieser Zeit der Umbrüche schlicht unterging, ist nicht geklärt. Kurze Zeit später ging dann jegliche Hoffnung auf die Erfüllung der Forderung verloren: Durch den Versailler Vertrag verlor Deutschland all seine Kolonien, die dort lebenden und geborenen Menschen erhielten die Nationalität der Staaten, die nun ihr Territorium beanspruchten. Für Dibobes Heimat Kamerun war dies Frankreich.

Das sollte für Dibobe persönlich noch zu einer tragischen Wende führen. 1920 verlor er seine Stelle bei den Berliner Verkehrsbetrieben. Als er sich daraufhin 1922 entschloss, gemeinsam mit seiner Familie in seine Heimat zurückzukehren, verweigerten ihm die französischen Behörden die Einreise. So war er gezwungen, nach Liberia zu einem Cousin weiterzureisen. Dort verliert sich Dibobes Spur; was mit ihm geschah, ist noch heute unklar.

Demokratie und Kolonialismus: Verantwortung für die Vergangenheit?

Erst seit Oktober 2015 erinnert eine Gedenktafel an Martin Dibobe, seine Mitstreiter und die von ihnen verfasste Petition. Initiiert wurde die Tafel knapp 100 Jahre nach Dibobes Verschwinden vom Verein Berlin Postkolonial,³⁷ der sich für die Offenlegung kolonialrassistischer Denk- und Gesellschaftsstrukturen einsetzt. Sie ist in der Berliner Kuglerstraße 44 zu finden, an Martin Dibobes ehemaliger Wohnadresse.³⁸

Wie mit der Erinnerung an Dibobe geht es vielen Themen, die mit Kolonialismus zu tun haben. Doch obwohl die ehemaligen Kolonien mittlerweile souveräne Staaten sind,³⁹ ist die Kolonialzeit für sie oder die ehemaligen Kolonialreiche noch nicht abgeschlossen. Für die Emanzipation der Kolonien einerseits, aber auch für das Fortbestehen imperialistischer Strukturen, beispielsweise in der Wirtschaft, im Handel und in der Politik, ist der Begriff „Postkolonialismus“ geprägt worden. Die Theorie des Postkolonialismus lässt sich auf verschiedene Bereiche anwenden, auch auf die Kultur- und Geschichtswissenschaft.

In der Öffentlichkeit werden Debatten um koloniale Überbleibsel nach wie vor – oder endlich? – geführt. Erwähnt seien hier nur kurz die Debatte um das in Berlin neu aufgebaute Stadtschloss beziehungsweise das Humboldt-Forum⁴⁰ oder um die Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen⁴¹. Besonders in der Öffentlichkeit stehen auch Straßennamen, wie die im Berliner Afrikanischen Viertel: Ende des 19. Jahrhunderts entstand ein neues Stadtviertel, in dem ursprünglich ein exotischer Park gestaltet werden sollte (übrigens vom selben Hagenbeck, der den Tierpark in Hamburg leitete). Die Pläne dafür scheiterten, doch wurden bald Straßen nach afrikanischen Kolonien und Kolonialherren benannt.⁴² Nach jahrelangem Engagement verschiedener Initiativen wurden dort vor Kurzem ein Platz und eine Straße umbenannt.⁴³

Für die heutige Migrationsgesellschaft ist es wichtig, die Geschichte all ihrer Mitglieder zu kennen – und auch zu erzählen. Das hat nicht nur mit der Erweiterung des Bildes zu tun, das wir von Geschichte haben, sondern auch damit, Migrationsgeschichte(n)



Gedenktafel für Martin Dibobe in der Kuglerstraße 44 in Berlin-Prenzlauer Berg

und die damit verbundenen Kämpfe in der Gegenwart kennenzulernen, zu respektieren und wertzuschätzen.

Dass die aus heutiger Sicht berechtigten Forderungen nicht von den Vertreter:innen der ersten gesamtdeutschen demokratischen Regierung erfüllt wurden, ist ebenfalls Teil der deutschen Demokratiegeschichte. Die Weimarer Republik brachte zum ersten Mal in der deutschen Geschichte vielen Menschen neue Rechte, etwa den Frauen das Wahlrecht. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass (demokratischer) Fortschritt nicht immer alle Menschen mitnimmt. Das gilt für die Vergangenheit ebenso wie für die Gegenwart. Umso wichtiger ist es, auf diese Ambivalenzen in der Demokratie (geschichte) hinzuweisen und den Menschen, die um Anerkennung und Rechte kämpf(t)en, Aufmerksamkeit – oder vielleicht auch einmal wörtlich – eine Bühne zu geben.

Das kann beispielsweise, wie im Fall Martin Dibobes, durch die Einweihung einer Gedenktafel oder eine öffentliche Feierstunde geschehen. Gerade im Themenfeld der Kolonialgeschichte ist noch viel Aufklärungsarbeit notwendig. Hier bietet es sich an, öffentliche Orte zu bespielen, die einen Zusammenhang mit Kolonialgeschichte haben – etwa Denkmäler oder Straßen mit entsprechenden Namen – und diese Geschichte für Passant:innen offenzulegen.

Dekoloniale Erinnerungskultur

Das Modellprojekt „Dekoloniale Erinnerungskultur“ geht auf eine Initiative des Berlin Postkolonial e.V., des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) e.V., Each One Teach One (EOTO) e.V., der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) e.V. und der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa zurück. Als Kooperationspartnerin wurde die Stiftung Stadtmuseum Berlin gewonnen. Das Projekt wird damit maßgeblich von Akteur:innen getragen, die sich seit Jahren für Berlins kritische Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus engagieren.

Als Kulturprojekt findet Dekoloniale Erinnerungskultur im öffentlichen Raum statt. Durch Veranstaltungen soll herausgefunden werden, wie eine „Gesellschaft auf breiter Ebene auf (post-) koloniale Wirkungen hin untersucht werden kann, wie Unsichtbares erfahrbar gemacht und Sichtbares irritiert werden kann.“

Weitere Informationen unter www.dekoloniale.de

-
- 33 Martin Dibobe: 32 Forderungen der Afrikaner in Deutschland, Punkt 1, [online] <https://blackcentraleurope.com/sources/1914-1945/petitionen-an-die-deutschen-behorden-1919/> [28.11.2023].
- 34 Katharina Oguntoye: AfrikanischeZuwanderung nach Deutschland zwischen 1884 und 1945, 30. April 2007, [online] <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/afrikanische-diaspora/59383/afrikanische-zuwanderung-nach-deutschland-zwischen-1884-und-1945> [28.11.2023].
- 35 Anne Ruprecht, Mirko Seekamp: Menschenzoo. Das dunkle Erbe des Tierparks Hagenbeck, 24. November 2022, [online] <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2022/Menschenzoo-Das-dunkle-Erbe-des-Tier-parks-Hagenbeck,hagenbeck1448.html> [28.11.2023].
- 36 Martin Dibobe: 32 Forderungen der Afrikaner in Deutschland, [online] <https://blackcentraleurope.com/sources/1914-1945/petitionen-an-die-deutschen-behorden-1919> [28.11.2023].
- 37 [Online] www.berlin-postkolonial.de [Website funktionierte zum Redaktionsschluss der Broschüre nicht].
- 38 Martin Dibobe, [online] <https://www.spd-helmholtzplatz.de/martin-dibobe/> [28.11.2023].
- 39 Die Mehrheit wird in den 1960er Jahren unabhängig, siehe Sebastian Conrad: Kolonialismus und Postkolonialismus: Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte, 23. Oktober 2010, [online] <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-globalgeschichte/236617/kolonialismus-und-postkolonialismus-schlüsselbegriffe-der-aktuellen-debatte> [28.11.2023].
- 40 Matthias Bertsch: Überreste eines religiösen Kolonialismus, 3. April 2022, [online] <https://www.deutschlandfunkkultur.de/humboldt-forum-inschrift-kreuz-kolonialismus-100.html> [28.11.2023].
- 41 Thomas Schmoll: „Die deutsche Politik hat sich die Sache einfach gemacht“, 22. Mai 2023, [online] <https://www.zeit.de/kultur/kunst/2023-05/berlin-bronzen-kolonialismus-klaus-keuthmann> [28.11.2023].
- 42 Koloniale Straßennamen, 9. September 2010, [online] <https://www.dw.com/de/das-afrikanische-viertel-in-berlin/a-5097933> [28.11.2023].
- 43 Zwei Straßennamen in Berlin-Wedding erhalten neue Namen, 2. Dezember 2022, [online] <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/12/umbenennung-afrikanisches-viertel-luederitz-nachtigalplatz.html> [28.11.2023].

Zurück, um die Demokratie aufzubauen: Das Ehepaar Weichmann und die Remigration nach Deutschland ab 1945

Mit der Machtübernahme Hitlers Ende Januar 1933 wurde die demokratische Weimarer Republik zu Grabe getragen. Für alle, die sich Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung in den Weg gestellt hatten, wurde es nun lebensgefährlich in Deutschland. Außerdem war mit der Etablierung des „Dritten Reiches“ der Antisemitismus Staatsdoktrin geworden.⁴⁴ Jüdinnen und Juden wurden zunehmend entrechtet und aus dem öffentlichen Leben gedrängt. Schon im Jahr der NS-Machtübernahme stieg die Zahl derjenigen, die sich durch Flucht aus Deutschland absetzten, zunächst meist in Nachbarstaaten. Die Emigrant:innen waren vor allem Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen, bürgerlich-liberale Politiker:innen, außerdem Schriftsteller:innen und Künstler:innen sowie eine große Zahl von Wissenschaftler:innen.⁴⁵ Die Zahl der aus dem deutschen Herrschaftsbereich nach 1933 Vertriebenen ist im Vergleich zu heutigen Migrationsbewegungen mit etwa 500.000 Personen nicht sehr groß. Rund 360.000 davon stammten aus Deutschland, 1938 kamen nach dem „Anschluss“ noch einmal ca. 140.000 aus Österreich dazu.

Für die Exilant:innen bedeutete die Flucht zunächst den „Zusammenbruch unserer privaten Welt“⁴⁶, wie Hannah Arendt schrieb, die 1933 nach Frankreich floh. Nur mühsam bauten sich die Geflüchteten eine neue Existenz im Ausland auf und längst nicht alle waren dabei erfolgreich. Außerdem mussten viele der Exilant:innen mehrfach fliehen, weil der NS-Staat seinen Herrschaftsbereich immer weiter ausdehnte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches bot sich für die im Exil lebenden Deutschen die Möglichkeit, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Davon aber machten nur etwa 25.000 Exilant:innen Gebrauch.⁴⁷ Vor allem von denjenigen, die als Jüdinnen und Juden der Shoah durch eine frühzeitige Flucht entkommen waren, wollten nur wenige zurück ins „Land der Täter“, zu den Deutschen, die sie verstoßen und häufig große Teile ihrer Familien umgebracht hatten. Diejenigen, die aus dem Exil nach Deutschland zurückkehrten, hatten sehr häufig zwei Beweggründe: Die Remigrant:innen wollten zum einen anknüpfen an das Deutschland, das sie kannten, das Deutschland vor Hitler, das „andere Deutschland“. Und sie wollten einen Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands leisten und ihre politischen Vorstellungen und Fähigkeiten einbringen.⁴⁸

Dies war auch der Fall beim Ehepaar Elsbeth und Herbert Weichmann. Elsbeth Weichmann, geborene Greisinger, stammte aus Brünn (Mähren). Die Tochter eines Sparkassendirektors studierte ab 1918 Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main, Kiel, Köln und Graz. Nach ihrer Promotion arbeitete sie als Statistikerin.⁴⁹ 1928 heiratete sie Herbert Weichmann, der 1896 in Landsberg (Oberschlesien) als Sohn einer jüdischen Arztfamilie geboren worden war. Er nahm als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil, studierte Jura und promovierte 1922 an der Universität Breslau. Er arbeitete als Korrespondent der Frankfurter und der Vossischen Zeitung. 1927 war er Chefredakteur der Kattowitzer Zeitung und folgte 1928 einer Berufung in das Preußische Staatsministerium als persönlicher Referent des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun.⁵⁰ Auch das Ehepaar Weichmann hatte seine politische Heimat in der SPD. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Herbert Weichmann als „politisch unzuverlässig“ eingestuft und aus dem Staatsdienst entlassen.⁵¹ Dem Ehepaar Weichmann gelang im Sommer 1933 die Flucht zu Fuß über das Riesengebirge in die Tschechoslowakei.⁵² Eine weitere Exilstation wurde schon 1933 Paris. 1940 wurden die Weichmanns in unterschiedlichen Lagern interniert, konnten aber aus Frankreich über Spanien und Portugal fliehen und reisten nach New York.⁵³ Den Weichmanns gelang es mit Fleiß und harter Arbeit, in New York Fuß zu fassen. Er arbeitete nach einem Abendstudium als Wirtschaftsprüfer. Sie absolvierte ein Studium der Statistik an der New York University und arbeitete danach wieder als Statistikerin.⁵⁴

Das Ehepaar Elsbeth und Herbert Weichmann auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg, 1982



Die Nationalsozialisten ermordeten die Mutter, die Schwester und den Schwager von Herbert Weichmann in der Shoah. Auch deshalb rangen die Weichmanns nach 1945 lange mit sich, ob sie nach Deutschland zurückkehren sollten. Schließlich war es Max Brauer, der Herbert Weichmann 1948 zur Remigration nach Hamburg bewegen konnte, Elsbeth Weichmann folgte ihrem Ehemann ein Jahr später. Max Brauer war eng mit den Weichmanns befreundet, kehrte schon 1946 aus dem New Yorker Exil zurück und wurde Erster Bürgermeister Hamburgs.⁵⁵ Zunächst war Herbert Weichmann als Präsident des Hamburger Rechnungshofes tätig, 1957 wurde er Finanzsenator, von 1961 bis 1971 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. 1965 übernahm er das Amt des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, die er bis 1971 regierte.⁵⁶ Elsbeth Weichmann widmete sich in Hamburg von Anfang an verschiedenen Themen. Sie beschäftigte sich mit Verbraucherschutz, der Gleichberechtigung von Frauen und etwas später auch mit Kulturpolitik. Von 1957 bis 1974 war sie Mitglied der Bürgerschaft. Im März 1957 gründete sie mit elf weiteren Frauen den „Arbeitskreis für Verbraucherfragen“ und führte den Verein, der sich etwas später „Verbraucherzentrale“ nannte, als Vorsitzende. Es war die erste Verbraucherzentrale in Deutschland und richtete sich in erster Linie an Hausfrauen.⁵⁷ Elsbeth Weichmann wandte sich aber auch immer wieder gegen die althergebrachte Rollenverteilung von Mann und Frau und forderte praktische Gleichberechtigung in Beruf und Alltag. Dabei war sie inspiriert von Ideen, die sie in New York kennengelernt hatte. Kulturpolitisch setzte sie als Mitgründerin der „Arbeitsgemeinschaft der Kulturförderung“ Akzente, indem sie sich hier besonders für niedrigschwellige Zugänge zu Kultur und Bildung starkmachte.⁵⁸

Die Bedeutung der Remigration im 21. Jahrhundert

Das Ehepaar Weichmann ist ein Beispiel für Remigrant:innen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg dafür entschieden, nach Deutschland zurückzukehren, und einen wesentlichen Beitrag für den Aufbau und die Gestaltung der Demokratie in Deutschland leisteten. Eine Tagung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung kam 2016 zu dem Schluss, dass Remigrant:innen aus dem transatlantischen Raum einen wesentlichen Anteil an der Neuausrichtung von Wissenschaft und Politik in Westdeutschland nach 1945 hatten.⁵⁹ Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass es vielen Remigrant:innen nicht gelang, in Deutschland wieder heimisch zu werden und sich wohlfühlen. Der Hauptgrund für das Fremdsein mit der alten Heimat lag an der massiven Verdrängung der NS-Verbrechen und der Shoah, mit der die Remigrant:innen immer wieder konfrontiert wurden. Der Germanist Peter Mertz schreibt dazu treffend: „Die unbelasteten,



Die Werkstatt Exilmuseum in Berlin-Charlottenburg

für das Geschehene nicht verantwortlichen Emigranten erinnern die Deutschen allein schon dadurch, dass sie wieder zurückkommen, an das, was eben gewesen war.“⁶⁰ Selbst der spätere Bundeskanzler Willy Brandt war noch in den Wahlkämpfen 1961 und 1965 Diffamierungskampagnen ausgesetzt, die sich unter anderem auf seine Emigration bezogen.⁶¹

Elsbeth und Hermann Weichmann aber wurden in Hamburg heimisch und erwarben im Jahr 1954 wieder die deutsche Staatsbürgerschaft.⁶² Nach dem Tod des Ehepaares erfolgte 1989 die Gründung der „Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung“. Sie bewahrt das Andenken ihrer Namensgeber und möchte zukünftigen Generationen das Wirken der demokratischen Opposition im Exil gegen die totalitäre Herrschaft Hitlers sowie die Folgen dieses Wirkens für Nachkriegsdeutschland in Erinnerung rufen. Sie fördert und veranstaltet Tagungen, veröffentlicht und unterstützt Publikationen und ermöglicht wissenschaftliche Forschung zu den Themen Exil und Widerstand.⁶³

Flucht und Migration war und ist ein globales Phänomen und es sieht nicht so aus, als würde sich dies im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts ändern. Heute ist Deutschland, aus dem in den 1930er Jahren viele vor rassistischer und politischer Verfolgung flohen, für viele Menschen ein Exilland geworden. Nicht wenige, die heute in Deutschland Zuflucht gefunden haben, z.B. vor dem Bürgerkrieg in Syrien oder dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, warten darauf, in ihre Heimat zurückkehren und das Land wieder aufbauen zu können, sobald sich die Situation dort geändert hat. Vielleicht werden sie eines Tages als „Botschafter:innen der Demokratie“ in ihre Heimatländer remigrieren, so wie es die Weichmanns getan haben.

Werkstatt Exilmuseum

Bis 2028 soll auf dem Gelände des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Anhalter Bahnhofs in Berlin das Exilmuseum entstehen. Bis es so weit ist, bereitet die Werkstatt Exilmuseum in Berlin-Charlottenburg die Ausstellungen vor und bietet Besucher:innen erste Einblicke in die Planungen für das künftige Museum. Die Werkstatt Exilmuseum, die von der gleichnamigen Stiftung initiiert wurde, ist Mitmachlabor, Veranstaltungs- und Ausstellungsort und lädt regelmäßig zu Gesprächsabenden, Filmvorführungen, Lesungen, Konzerten und Workshops ein. Die Werkstatt schlägt die Brücke zwischen der Emigration aus Deutschland während der NS-Zeit und dem heutigen Deutschland als Exilland für viele Verfolgte weltweit. Die Stiftung Exilmuseum beteiligte sich auch mit mehreren Veranstaltungen an den von der Körber-Stiftung initiierten Tagen des Exils im September 2023 (www.koerber-stiftung.de/projekte/tage-des-exils/2023-berlin). Eine der ersten Veranstaltungen in der Werkstatt Exilmuseum war im April 2023 die Vorstellung des Buches „Kein Land, nirgends? Flucht aus Deutschland, Flucht nach Deutschland 1933–1945 und heute“. Das von Harald Roth herausgegebene Buch umfasst zum einen Texte, die Flucht und Exil in der Zeit des Nationalsozialismus thematisieren, zum anderen kommen Autor:innen zu Wort, die heute vor Krieg und Unterdrückung nach Deutschland geflohen sind, zum Beispiel der persisch-kurdische Autor Sajjad Jahan Fard, der in der Werkstatt Exilmuseum einen seiner Texte las und über seine Erfahrungen in Deutschland sprach.

Weitere Informationen unter www.stiftung-exilmuseum.berlin

44 Wolfgang Benz: Geschichte des Dritten Reiches. Bonn 2010, S. 29.

45 Claus-Dieter Krohn: Emigration 1933–1945/1950. In: Europäische Geschichte online, 2011, [online] <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-unterwegs/politische-migration/claus-dieter-krohn-emigration-1933-1945-1950> [10.11.2023].

- 46 Hannah Arendt: Unsere Identität wechselt so häufig. In: Harald Roth (Hrsg.): Kein Land, nirgends? Flucht aus Deutschland, Flucht nach Deutschland 1933–1945 und heute, S. 69.
- 47 Werner Bergmann: „Wir haben Sie nicht gerufen.“ Reaktionen auf jüdische Remigranten in der Bevölkerung und Öffentlichkeit der frühen Bundesrepublik. In: Irmela von der Lühe, Axel Schildt, Stefanie Schüller-Springorum (Hrsg.): „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause.“ Jüdische Remigration nach 1945. Göttingen 2008, S. 19.
- 48 Peter Mertz: Und das wurde nicht ihr Staat. Erfahrungen emigrierter Schriftsteller mit Westdeutschland. München 1985, S. 88 ff.
- 49 Anneliese Ego: Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896–1948. Herausgegeben von der Weichmann-Stiftung. Hamburg 1998, S. 53–55.
- 50 Anneliese Ego: Ein sozialdemokratischer Lebenslauf in den Wirren seiner Zeit. In: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.): Herbert Weichmann (1896–1983). Preußischer Beamter, Exilant, Hamburger Bürgermeister. Dokumentation anlässlich eines Kolloquiums der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung „Rückkehr und Aufbau nach 1945“. Hamburg 1996, S. 16–25.
- 51 Krohn: Herbert Weichmann, S. 42–43.
- 52 Elsbeth Weichmann: Zuflucht. Jahre des Exils. Hamburg 1983, S. 22.
- 53 Hans Fahning: Anlass: Herbert Weichmann 100 Jahre. In: Krohn: Herbert Weichmann, S. 7.
- 54 Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung: Die Weichmanns, [online] <https://www.weichmann-stiftung.de/die-stiftung/weichmanns> [10.11.2023].
- 55 Uwe Bahnsen: Die Weichmanns in Hamburg. Ein Glücksfall für Hamburg. Herausgegeben von der Weichmann-Stiftung. Hamburg 2001, S. 13.
- 56 Krohn: Herbert Weichmann, S. 96–98.
- 57 50 Jahre Verbraucherzentrale Hamburg, [online] https://www.vzh.de/sites/default/files/medien/134/dokumente/Broschuere_50_Jahre.pdf [10.11.2023].
- 58 Bahnsen: Die Weichmanns, S. 102–113.
- 59 Niklas Frechen: Tagungsbericht: Demokratie und Remigration nach 1945. (Re-)Import demokratischer Ideen und Konzepte für die westdeutsche Politik und Verwaltung nach 1945. In: H-Soz-Kult, 16.11.2016, [online] <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-125411> [10.11.2023].
- 60 Mertz: Und das wurde nicht ihr Staat, S. 145.
- 61 Dominik Fürst: Die schweren Kämpfe des Willy Brandt. In: Süddeutsche Zeitung, 29.07.2021, [online] <https://www.sueddeutsche.de/leben/willy-brandt-diffamierung-wahlkampf-franz-josef-strauss-1.5367204?reduced=true> [10.11.2023].
- 62 Bahnsen: Die Weichmanns, S. 91.
- 63 [Online] <https://www.weichmann-stiftung.de/die-stiftung/> [10.11.2023]. Zur Exilforschung siehe auch: Über das deutsche Exilarchiv 1933–1945, [online] https://www.dnb.de/DE/Ueber-uns/DEA/dea_node.html#sprg223028 [10.11.2023].

DEMOKRATIE LEBEN, GESTALTEN UND WEITERENTWICKELN

Zum Gestalten und Leben einer Demokratie gehört sowohl ein funktionsfähiger Staat als auch Bürger:innen, die bereit sind, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Weiterentwickeln bedeutet darüber hinaus, sich nicht auf dem Status quo auszuruhen. Demokratie heißt, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird.

Aktivitäten von Ruhrpol:innen im Vereinswesen

„Die deutsche Meisterschaft in den Händen von Polen. Triumph der Spieler von Schalke 04, der Mannschaft unserer Landsleute.“⁶⁴ So titelte am 30. Juni 1934 die Warschauer Sportzeitung *Przegląd Sportowy* (Sportrundschau). Sie nahm damit Bezug auf die Spieler Emil Czerwinski, Ernst Kalwitzki, Ernst Kuzorra, Hermann Mellage, Fritz Szepan, Otto Tibulski, Adolf Urban und Ferdinand Zajons: Diese seien Kinder von nach Westfalen ausgewanderten polnischen Bergleuten. Und trotz vorheriger Benachteiligungen aufgrund ihrer Nationalität hätten sie nun also die deutsche Meisterschaft gewonnen.

Ein Dementi der Schalcker Vereinsführung folgte prompt. Im „Kicker“ beeilte sie sich zu versichern, „dass die Eltern unserer Spieler sämtlich im heutigen oder früheren Deutschland geboren und keine polnischen Emigranten sind“⁶⁵. Demnach seien die Spieler im Ruhrgebiet geboren und ihre Eltern stammten aus Masuren, dem protestantischen Teil Ostpreußens, aus Oberschlesien, aus der Provinz Posen und aus Ostfriesland.

Doch was steht hinter dem Streit – wenn man es so nennen möchte – um die nationale Identität der Schalcker Spieler? Wie kommt es, dass ein so großer Teil von ihnen Vorfahr:innen aus östlichen Gebieten hatte?

Die Ursache dafür lässt sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. In dieser Zeit hatte sich die Versorgungslage in Ostpreußen, Posen und Oberschlesien stetig verschlechtert. Auf der einen Seite hatte die Industrialisierung für ein anhaltendes Bevölkerungswachstum gesorgt. Auf der anderen Seite jedoch stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen, vor allem ländlichen Regionen. Die Folge davon waren Arbeitslosigkeit und Hunger.

In den 1870er Jahren ergab sich ein Ausweg, besonders für die arbeitslosen jungen Männer in den östlichen Provinzen. Denn 1867 wurde die Freizügigkeit innerhalb Preußens beschlossen, was ihnen die Möglichkeit gab, ihren Arbeits- und Lebensort zu wechseln. Viele von ihnen zog es in eine Gegend, die eine Hochburg der Industrialisierung war und in der Arbeiter, vor allem in den Zechen, dringend gesucht wurden: ins Ruhrgebiet.

Nachdem die ersten von ihnen dort Arbeit gefunden hatten, schickten sie Nachricht an Familie und Freunde, dass vor Ort sicher Arbeitsplätze zu finden seien: „Lobeshymnen für dieses unbekannte Land schossen aus seinem Munde; jeder Pole in Posen oder Schlesien, der sich in beklagenswerter Lage befand, empfand beim Hören solcher Lobpreisungen große Freude und gleichfalls Verlangen nach diesem glücklichen Land.“⁶⁶ Der Zuzug aus dem Osten hielt mehrere Jahrzehnte an. Zwischen 1867 und Anfang der 1920er Jahre wanderten etwa 700.000 Menschen aus den Ostprovinzen Preußens in andere Teile des deutschen Reiches ein. Etwa 400.000 von ihnen ließen sich im Ruhrgebiet nieder und wurden unter dem Begriff „Ruhrpolen“ bekannt.

Zwar war die Arbeitskraft der Migrant:innen stark nachgefragt, doch wurden sie von der Bevölkerung Westfalens und des Ruhrgebiets nicht mit offenen Armen aufgenommen. Sprachen die Neuankömmlinge Polnisch und waren zudem katholisch, fanden sie häufig nur schwer Anschluss. Darauf gibt schon die Bezeichnung „Ruhrpolen“ selbst einen Hinweis: Hier wurden Gruppen verschiedener Herkunft in einen Topf geworfen, obwohl sie sich lokal in ihren Traditionen unterschieden und teilweise bewusst voneinander abgrenzten. So hätten sich die aus Masuren stammenden Migrant:innen, die meist protestantisch und preußentreu waren, selbst niemals als Polen bezeichnet und grenzten sich von diesen ab. Da sie einen altpolnischen Dialekt sprachen, wurden sie dennoch zur Gruppe der „Polen“ gezählt.⁶⁷

In Gelsenkirchen erinnert der Ernst-Kuzorra-Platz an den ehemaligen Mannschaftskapitän und Fußballmeister.



Diese Fremdheitserfahrungen mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass sich im Ruhrgebiet bald ein reges polnisches Vereinswesen bildete. Die Vereine dienten als Orientierungshilfe für Neuankömmlinge und wurden so zur ersten Anlaufstelle vieler Migrant:innen. Weitere Ziele bestanden in der Aufrechterhaltung und Pflege der jeweiligen mitgebrachten lokalen Bräuche, Kultur und Religion. Ausflüge mit anderen Vereinsmitgliedern und Zusammenkünfte förderten so den Integrationsprozess der Mitglieder, zumindest innerhalb ihrer jeweiligen ethnischen Minderheit.⁶⁸ Bis zum Ersten Weltkrieg entstand so ein engmaschig organisiertes Netzwerk mit übergeordneten zentralen Einrichtungen, das nahezu alle Lebensbereiche der Zugewanderten umfasste.



Gebäude der ehemaligen „Polnischen Arbeiterbank“ in Bochum. Text der Inschrift an der Hauswand: „Bank Robotników e.G.m.b.H.“

Ausgenommen hiervon waren zunächst Vereine mit einer dezidiert politischen Ausrichtung. Diese hätten unter deutschem Recht kaum eine Chance auf Zulassung gehabt. Dennoch dominierten in den Vereinen um die Jahrhundertwende nationalistische Ansichten, was nicht zuletzt mit den repressiven Maßnahmen der preußischen Behörden zu tun hatte. Schon der sogenannte Kulturkampf gegen die katholische Kirche hatte die überwiegend katholischen polnischen Arbeiter:innen getroffen. Doch im Zeitalter des erstarkenden Nationalismus richtete sich die Politik des Deutschen Reiches zunehmend auf eine Germanisierung der Pol:innen. Als Beispiel sei die 1909 in Bochum eingerichtete „Zentralstelle für Überwachung der Polenbewegung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet“ genannt, die sämtliche Daten zum polnischen Vereinswesen sammelte, übersetzte und auswertete⁶⁹.

Mit dieser und anderen diversen diskriminierenden Maßnahmen, die sich auch gezielt gegen das polnische Vereinswesen richteten, förderten die Behörden vielerorts das Nationalbewusstsein der Zugewanderten nur weiter.⁷⁰ Dies war allerdings nur eine Seite der Medaille: Längst nicht alle Ruhrpol:innen schlossen sich dem polnischen Vereinswesen an, wählten polnische Parteien oder interessierten sich für die polnische Nationalbewegung. Insbesondere Frauen, für die es zunächst keine polnischen

Vereine gab, schlossen sich deutschen, überwiegend religiösen Vereinigungen an. Insbesondere die Schützenvereine erfreuten sich bei den (jungen) Männern großer Beliebtheit, dies führte mitunter auch zu Spannungen innerhalb der Minderheit und zu Unverständnis bei national ausgerichteten Ruhrpol:innen: „Vor kurzem haben hier die Festlichkeiten des deutschen oder [sollte man besser sagen] des gemischten Schützenvereins stattgefunden, weil sich sehr viele Polen an diesen Festlichkeiten beteiligt haben. Ein Unbehagen befällt mich, wenn ich hier schreiben muss, daß an diesem Manöver sich auch die Söhne solcher Landsleute beteiligten, die hier als tüchtige Polen gelten wollen.“⁷¹

Die Bereitschaft zur Integration – oder Assimilation? – unter den Ruhrpol:innen wuchs, je länger sie in der „neuen Heimat“ lebten. Die Gründung des polnischen Nationalstaats nach Ende des Ersten Weltkriegs führte außerdem dazu, dass etwa ein Drittel der Ruhrpol:innen das Deutsche Reich in Richtung des neu gegründeten Staates verließen. Ein weiteres Drittel wanderte Anfang der 1920er Jahre Richtung Frankreich und Belgien aus, wo aktiv um Arbeitskräfte in der Industrie geworben wurde. Das polnische Vereinsnetzwerk verlor in Folge an Bedeutung, die verbliebenen Ruhrpol:innen traten auch zahlenmäßig bedingt vermehrt „deutschen“ Vereinen bei. Damit fand auch eine zunehmende Entfremdung vom polnischen Kulturgut statt. Von den kulturellen Hinterlassenschaften der Ruhrpol:innen ist heute wenig geblieben, hauptsächlich ihre Namen erinnern noch an ihre Migrationsgeschichte.

Vereine in der heutigen Migrationsgesellschaft

80 Jahre nach dem Sieg des Vereins Schalke 04 war es wieder ein Fußballspieler einer deutschen Mannschaft, diesmal der deutschen Nationalmannschaft, der von der polnischen Presse gelobt wurde. Miroslav Klose, polnisch Mirostaw Józef Klose, wurde 1978 in Opolte, Polen, geboren und 2014 zum Fußballweltmeister und Rekord-WM-Torschützen. Die nationalkonservative polnische Tageszeitung *Rzeczpospolita* bezeichnete das „als eine zusätzliche Genugtuung für uns“ (mit „uns“ war Polen gemeint).⁷²

Nicht nur die zwei Fußballartikel weisen Parallelen auf, auch die Funktion von Vereinen für die vergangene und die heutige Migrationsgesellschaft ähneln einander. Betrachten wir den Nutzen, den die Vereine für die Ruhrpol:innen hatten, und übertragen wir ihn auf unsere aktuelle Gesellschaft, ergeben sich folgende Aspekte: Innerhalb von Vereinen ist die Bewahrung und Förderung einer gemeinsamen kulturellen Identität möglich, die nicht von der „Mehrheitsgesellschaft“ gelebt wird.

Auch die Vernetzung mit Personen, die eine ähnliche Migrationsgeschichte haben, erfolgt hier.

Die Gründung von Vereinen und die Aktivität darin ermöglicht eine Form von Selbstwirksamkeit, die mitunter im (politischen) System und der Mehrheitsgesellschaft nicht gegeben ist. Eine (politische) Teilhabe ist nicht allen in Deutschland lebenden Menschen möglich; in Vereinen erfahren sie Aufnahme, können sich engagieren und zu Interessengemeinschaften zusammenschließen.

Vereine können heute wie damals zur Integration und zum Austausch beitragen. Ob im Jugend-, Sport-, Kultur- oder einem anderen Bereich: Durch gemeinsame Aktivitäten begegnen sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Die jeweilige Lebensgeschichte kann – aber muss nicht – in den Hintergrund treten.

Stand April 2022 waren 615.759 Vereine ins Vereinsregister eingetragen.⁷³ Zwar nimmt die Zahl der Vereinsgründungen von Jahr zu Jahr ab, doch sind momentan etwa 20 bis 30 Millionen Menschen in Deutschland im Ehrenamt oder in Vereinen aktiv.⁷⁴ Ein Blick in die lokale Vereinslandschaft unter dem Aspekt der Migrationsgeschichte scheint durchaus lohnenswert zu sein. Vereine sind seit über 100 Jahren fester Teil der Gesellschaft und werden teilweise gezielt für die Interessenvertretung von Migrant:innen gegründet. So wie am Beispiel der Ruhrpol:innen ließe sich dies auch für andere Zuwanderungsbewegungen untersuchen.

Momentan gibt es noch wenige Studien zum Thema (bürgerschaftliches) Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte. Die bestehenden Studien weisen darauf hin, dass die Bereitschaft zum Engagement bei Menschen mit Migrationsgeschichte nicht geringer ist als bei Menschen ohne Migrationsgeschichte. Dennoch sind sie in klassischen Vereinen und Verbänden – nicht in Migrant:innenselbstorganisationen – nach wie vor unterrepräsentiert.⁷⁵ Das ist bedauerlich, bedenkt man, dass sie aus der Migrationsförderung mittlerweile nicht mehr wegzudenken sind: Sie ermöglichen gesellschaftliche und politische Partizipation und Zugänge von Personen, die in anderen Bereichen unterrepräsentiert sind.

Ausstellungsprojekt „Von Kuzorra bis Özil“

2015 eröffnete das Westfälische Landesmuseum für Industriekultur die Ausstellung „Von Kuzorra bis Özil“ – die Geschichten von Fußball und Migration im Ruhrgebiet“. Sie thematisierte die Zeit von den 1930er Jahren bis zur Gegenwart. Dabei kamen viele (ehemalige) Fußballspieler:innen mit Migrationsgeschichte zu Wort, indem sie etwa in Filmbeiträgen über ihre Erfahrungen berichteten. Kooperationen gab es auch mit Amateurmansschaften, die sich im Bereich Migration und Vielfalt engagieren: Dem YEG Hassel aus Gelsenkirchen, dem SV Rhenania Hamborn aus Duisburg und dem DJK Teutonia Ehrenfeld aus Bochum. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus dieser Zusammenarbeit lässt sich im Begleitband zur Ausstellung finden.

Weiter Informationen unter www.lwl.org

64 Przegląd Sportowy, 30. Juni 1934, S. 1.

65 Britta Lenz: „Gebürtige Polen“ und deutsche Jungen. Polnischsprachige Zuwanderer im Ruhrgebietsfußball im Spiegel von deutscher und polnischer Presse der Zwischenkriegszeit. In: Diethelm Blecking, Lorenz Pfeiffer, Robert Traba (Hrsg.): Vom Konflikt zur Konkurrenz. Deutsch-polnisch-ukrainische Fußballgeschichte. Göttingen 2014, S. 100.

66 Geschichte einer polnischen Kolonie in der Fremde. Jubiläumsschrift des St. Barbara-Vereins in Bottrop. Oberhausen 1911 (Kirche und Religion im Revier. Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebiets, 1968; Übersetzung aus dem Jahre 1954), S. 1–2.

67 Andreas Kossert: Kuzorra, Szepan und Kalwitzki: Polnischsprachige Masuren im Ruhrgebiet. In: Dittmar Dahlmann, Albert Kotowski, Zbigniew Karpus (Hrsg.): Schimanski, Kuzorra und andere: Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg. Essen 2005, S. 169–181.

68 Susanne Peters-Schildgen: Vereinsleben von Migranten, [online] https://wiki.hv-her-wan.de/Vereinsleben_von_Migranten [28.11.2023].

69 StA Recklinghausen, AA1723, Der Landrat zu Recklinghausen an die Ortsbehörden des Kreises vom 15. März 1909, Bl. 157.

70 Die Ruhrpolen, [online] <https://www.porta-polonica.de/de/atlas-der-erinnerungsorte/die-ruhrpolen> [28.11.2023].

71 StA Hattingen, SHC01-398, Übersetzungen ..., Nr. 25, Jg. 1913, 20. Juni 1913, Aus Hörde wird uns geschrieben, in: Wiarius Polski, Nr. 220, 21. September 1913.

72 Diethelm Blecking: Von Willimowski zu Lewandowski. Die Rolle polnischer Spieler im deutschen Elitefußball, [online] www.bpb.de/themen/sport/bundesliga/192009/von-willimowski-zu-lewandowski/ [28.11.2023].

73 Vereine in Deutschland im Jahr 2022, [online] https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/vereine_in_deutschland_2022.pdf [28.11.2023].

74 Das sind wir. Die Vereine in Deutschland, [online] <https://bundesverband.bvve.de/vereine-in-deutschland/> [28.11.2023].

75 Eine Sammlung von Studien findet sich auf der Seite Bürgergesellschaft.de: [online] www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/grundlagen-leitlinien/studien/studien-zu-bevoelkerungsgruppen [28.11.2023].

Migrantischer Arbeitskampf im Jahr 1973

Im Jahr 1973 wurde an über 300 Orten in der Bundesrepublik Deutschland gestreikt, insgesamt legten damals über 275.000 Menschen die Arbeit nieder. Maßgeblich beteiligt an diesen Streiks waren migrantische Arbeiter:innen. Diese Streiks wurden als „wild“ bezeichnet, da sie oft spontan entstanden und die Gewerkschaften häufig nicht an den Arbeitsniederlegungen beteiligt waren.⁷⁶ Die Streiks im Jahr 1973 stellten den Höhepunkt der Arbeitskämpfe dar, an denen Migrant:innen schon seit Ende der 1950er Jahren beteiligt waren, um für eine Gleichstellung mit deutschen Arbeiter:innen einzutreten.⁷⁷

Zwischen 1955 und 1968 schloss die Bundesrepublik mit acht Staaten des Mittelmeerraums bilaterale Anwerbeabkommen, um Arbeitskräfte in das wirtschaftlich erstarkende Deutschland zu holen.⁷⁸ Ihre Zuwanderung wurde als zeitlich begrenzt verstanden, die Arbeiter:innen als „Gäste“ auf Zeit bezeichnet.⁷⁹ Die Gewerkschaften befürworteten die Zuwanderung zumeist, allerdings gab es eine weitverbreitete Angst vor der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Migrant:innen. Deswegen forderte der DGB in den 1970er Jahren die Bevorzugung deutscher Arbeiter:innen auf dem Arbeitsmarkt. Im Rahmen des sogenannten Inländerprimats konnten Migrant:innen nur dort beschäftigt werden, wo keine deutsche Arbeitskraft arbeiten wollte.⁸⁰ Infolgedessen besetzten zugewanderte Arbeiter:innen in der Regel die weniger qualifizierten und unattraktiveren Positionen in den Betrieben – und verdienten entsprechend niedrige Löhne. Die Vertretung der Interessen von Migrant:innen im Betrieb erreichte 1972 einen wichtigen Meilenstein mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Nun konnten auch Ausländer:innen als Betriebsräte kandidieren und diese wählen. Betriebsräte und Gewerkschaften stellten für die „Gastarbeiter:innen“, die ja keine deutsche Staatsbürgerschaft hatten und daher auch nicht wählen konnten, eine wichtige Form der politischen Beteiligung dar. Entsprechend hoch war die Mitgliedschaft von Migrant:innen in Gewerkschaften. 1973 waren von 2,5 Millionen „Gastarbeiter:innen“ 500.000 gewerkschaftlich organisiert.⁸¹

1973 zeichnete sich nach Jahren des permanenten Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik eine Rezession und eine beginnende Inflation ab.⁸² Die steigenden Verbraucherpreise trafen die sogenannten Gastarbeiter:innen besonders hart, weil die meisten von ihnen im Niedriglohnsektor arbeiteten und außerdem den größten Teil ihres Verdienstes zur Familie in die Heimat schickten. Daher waren es 1973 größten-

teils „Gastarbeiter:innen“, die versuchten, durch Streiks auf ihre Situation aufmerksam zu machen.⁸³

Die bekannteste Arbeitsniederlegung des Jahres 1973 mit 10.000 Streikenden fand beim Automobilhersteller Ford in Köln statt, bei dem neun von zehn Arbeiter:innen am Fließband türkische Wurzeln hatten.⁸⁴ Zwar verdienten die „Gastarbeiter:innen“ bei Ford relativ gut, aber dennoch deutlich weniger als ihre deutschen Kolleg:innen. Konkreter Anlass für den Streik, der am 24. August begann, war die Entlassung von 300 türkischstämmigen „Gastarbeiter:innen“, weil sie aus dem Heimaturlaub verspätet zurück zur Arbeit kamen. Dies war in den Vorjahren toleriert worden, weil der Weg von der Türkei nach Deutschland weit und beschwerlich war. Nun aber wurde das Fernbleiben als Vorwand zum kostengünstigen Personalabbau benutzt, da sich abzeichnete, dass man weniger Arbeitskräfte benötigen würde.⁸⁵ Der Streik wurde vom Bundesvorstand der IG Metall und vom Betriebsrat bei Ford, in dem der Anteil migrantischer Arbeiter nur 12,8 Prozent betrug, nicht unterstützt. Stattdessen wurde er gewaltsam durch Polizei und deutsche Arbeitswillige, die die streikenden türkischstämmigen Kolleg:innen aus dem Werk prügeln, nach fünf Tagen beendet. Mehrere vermeintliche Streikführer wurden festgenommen, einige in die Türkei abgeschoben.⁸⁶ Besonders die Bild-Zeitung berichtete vom Streik als „Türken-Terror“ und kommentierte die gewaltsame Niederschlagung mit „Deutsche Arbeiter kämpfen Ford frei“.⁸⁷

Kurz vor dem Ford-Streik spitzte sich auch beim Vergaserhersteller und Autozulieferer Pierburg in Neuss die Lage zu. Dort bestand der größte Teil der Belegschaft aus migrantischen Frauen, die in der „Leichtlohngruppe 2“ am Fließband bei gleichbleibend niedrigem Lohn immer schneller arbeiten mussten. Als die Migrantinnen ihren Streik für Lohnerhöhung und für die Abschaffung der „Leichtlohngruppe 2“ begannen, sah es zunächst ebenfalls nach einer schnellen Niederschlagung des Arbeitskampfes aus. Dann aber warben die streikenden Migrantinnen aus der „Leichtlohngruppe 2“ mit einer symbolischen Geste um die Solidarität der überwiegend deutschen, männlichen Facharbeiterschaft: Sie schenkten den Männern rote Rosen, verbunden mit der Bitte, sich zu solidarisieren.⁸⁸ Die Facharbeiter, die schon einmal erfolglos gestreikt hatten, sahen nun die Chance, zukünftig bei eigenen Forderungen von den Migrantinnen unterstützt zu werden, und solidarisierten sich mit ihnen. Als die Facharbeiterschaft sich dem Streik anschloss, spielten sich auf dem Werksgelände Freudenszenen ab, denn nun war klar, dass die Unternehmensleitung den Streik nicht länger ignorieren konnte. Tatsächlich kam es schnell zu Verhandlungen und zu einer Einigung: Die „Leichtlohngruppe 2“ wurde abgeschafft und einer Lohnerhöhung von 75 Pfennig pro Stunde zugestimmt. Gemeinsam mit den



Streikende Frauen beim Autozulieferer Pierburg in Neuss am 13. August 1973

Facharbeitern wurde noch mehr erreicht: Keine der Arbeiterinnen wurde entlassen und für vier Streiktage wurde Lohn gezahlt.⁸⁹

Die Streiks 1973 aus heutiger Sicht

Das Jahr 1973 war aus heutiger Perspektive in mehrfacher Hinsicht ein Wendepunkt. Wirtschaftlich steht es für das Ende der Wirtschaftswunderjahre mit der Ölkrise im Oktober 1973, die ausgelöst wurde, indem die arabischen Erdöl exportierenden Länder den „Yom-Kippur-Krieg“ mit Israel zum Anlass dafür nahmen, den Preis für Erdöl drastisch zu erhöhen und die Liefermengen zu verringern.⁹⁰ Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise und vermutlich auch auf die migrantischen Streiks von 1973 vollzog die Bundesrepublik Deutschland mit dem Anwerbestopp für Arbeitskräfte aus dem Süden am 23. November 1973 auch eine migrationspolitische Wende.⁹¹

Die Geschichte der „Gastarbeiter:innen“ in Deutschland zeigt, wie wenig Wertschätzung den Männern und Frauen entgegengebracht wurde, die einen maßgeblichen Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik hatten. 1973 markiert den Wendepunkt, an dem „Gastarbeiter:innen“ vielerorts begannen, sich gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung mit dem demokratischen Mittel des Streiks zu wehren. Dadurch wurden sie zum ersten Mal auch politisch und öffentlich wahrgenommen,

selbst wenn dies überwiegend negativ konnotiert war. In der Folgezeit entdeckten migrantische Arbeiter:innen noch stärker als zuvor die Gewerkschaften als Ort politischer Beteiligung für sich. Umgekehrt öffneten sich diese ihrerseits stärker für migrantische Gruppen und Themen. Besonders der Pierburg-Streik enthält auch für den heutigen Kampf gegen Ungleichbehandlung ein wichtiges Erfolgsrezept: Er kann eher gelingen, wenn die Solidarität mit anderen Gruppen gesucht und erreicht wird. Auch heute noch ist der Arbeitsplatz häufig ein Ort, an dem Menschen Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Diskriminierung und Rassismus erleiden. In einer Demokratie gibt es aber Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Dabei spielen auch heute Gewerkschaften eine wichtige Rolle, da es ihren Grundsätzen entspricht, für demokratische Teilhabe und gleiche Rechte einzustehen.



Sonderseite „Wir hörten auf Gastarbeiter zu sein“ von DOMiD

Zum 50. Jahrestag der Streiks bei Ford und Pierburg 2023 führte das in Köln ansässige Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD e.V.) verschiedene Veranstaltungen durch. Außerdem sammelte es eine Fülle von Informationen zu den beiden Streiks auf einer Sonderseite seiner Internetpräsenz. Dort sind Berichte von Zeitzeug:innen, Filme, Foto- und Audiomaterial, Artikel und Statements verschiedener Historiker:innen, Hinweise auf durchgeführte Veranstaltungen und weiterführende Online-Links gesammelt. Außerdem lässt sich die Publikation des Historikers Jörg Huwer kostenlos als E-Book der edition DOMiD herunterladen.

Weiter Informationen unter www.domid.org/news/wilde-streiks-1973

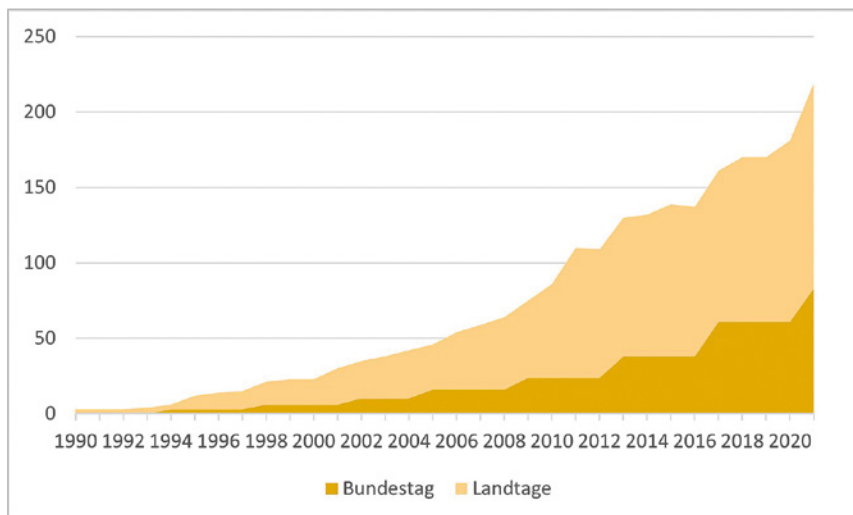
-
- 76 Lisa Genzken: Die Zeit der braven „Gastarbeiter“ war vorbei. In: Zenith 2/21, [online] <https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/der-ford-streik-1973> [17.10.2023].
 - 77 Peter Birke: Streik-Republik oder sozialfriedliche Idylle? Zur Geschichte des Streiks in Deutschland, [online] <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/214507/streik-republik-oder-sozialfriedliche-idylle-zur-geschichte-des-streiks-in-deutschland> [17.10.2023].
 - 78 Monika Mattes: „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik Deutschland, [online] <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/289051/gastarbeiterinnen-in-der-bundesrepublik-deutschland> [17.10.2023].
 - 79 Eylül Tufan: „Gastarbeiter“: Implikationen und Grenzen eines Begriffs, [online] <https://schwetzungen-gastarbeiter.de/blog/2020/12/04/gastarbeiter-implikationen-und-grenzen-eines-begriffs> [17.10.2023].
 - 80 Oliver Trede: Zwischen Misstrauen und Integration Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik. In: Deutschlandarchiv 2016, [online] <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/232789/zwischen-misstrauen-und-integration> [17.10.2023].
 - 81 Anne Carstensen: Migrationspolitisches Engagement von Gewerkschaften und gewerkschaftliches Engagement von Migranten, [online] <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/514322/migrationspolitisches-engagement-von-gewerkschaften-und-gewerkschaftliches-engagement-von-migranten> [17.10.2023].
 - 82 Werner Bührer: Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. In: Deutschland in den 70er/80er Jahren. Informationen zur politischen Bildung / izpb. Bonn 2002, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-70er-80er-jahren-270/9748/wirtschaftliche-entwicklung-in-der-bundesrepublik> [17.10.2023].
 - 83 Amelie B. (13.08.2023): Heute vor 50 Jahren: Der Streik der „Gastarbeiter*innen“ beim Automobilzulieferer Pierburg. In: Blog migrations-geschichten.de, [online] <https://migrations-geschichten.de/streik-der-gastarbeiterinnen-bei-pierburg> [17.10.2023].
 - 84 Dorte Huneke: „Das mit dem großen Streik war nicht meine Idee“. Als Betriebsrat bei Ford in Köln: Salih Güldiken, [online] <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/anwerbeabkommen/43219/das-mit-dem-grossen-streik-war-nicht-meine-idee> [17.10.2023].
 - 85 Jörg Huwer: „Gastarbeiter“ im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973. Köln 2013, S. 69 ff.
 - 86 Lisa Genzken: Die Zeit der braven „Gastarbeiter“ war vorbei. In: Zenith 2/21, [online] <https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/der-ford-streik-1973> [17.10.2023].
 - 87 Mascha Schlomm: 50 Jahre wilder Streik bei Ford 1973, [online] <https://www.fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/artikelseite/50-jahre-wilder-streik-bei-ford-1973> [17.10.2023].
 - 88 Dieter Braeg (Hrsg.): Wilder Streik – das ist Revolution. Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973. Berlin 2012, S. 15 ff.
 - 89 Ebd., S. 30 ff., und Amelie B. (13.08.2023): Heute vor 50 Jahren: Der Streik der „Gastarbeiter*innen“ beim Automobilzulieferer Pierburg. In: Blog migrations-geschichten.de, [online] <https://migrations-geschichten.de/streik-der-gastarbeiterinnen-bei-pierburg> [17.10.2023].
 - 90 Werner Bührer: Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. In: Deutschland in den 70er/80er Jahren. Informationen zur politischen Bildung / izpb. Bonn 2002, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-70er-80er-jahren-270/9748/wirtschaftliche-entwicklung-in-der-bundesrepublik> [17.10.2023].
 - 91 Klaus J. Bade: Als Deutschland zum Einwanderungsland wurde, in: Die Zeit, 24. November 2013, [online] <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-11/einwanderung-anwerbestopp> [17.10.2023], und Simon Goeke: Gewerkschaftliche Erinnerung an Migration. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“. Düsseldorf 2020, S. 16, [online] https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HB5-008020 [17.10.2023].

Politische Partizipation und Migration in der Bundesrepublik

Als am 1. Januar 2000 in der Bundesrepublik Deutschland ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft trat, war dies eine gesetzliche Neudefinition davon, wer Deutsche:r ist und wer nicht. Bis dahin waren vereinfacht ausgedrückt diejenigen deutsch, die deutsche Vorfahren hatten. Die Staatsangehörigkeit basierte auf „der Zugehörigkeit zur ethnischen, kulturellen und sprachlichen Gemeinschaft, die insbesondere auch durch Abstammung bestimmt ist“.⁹² Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht erhalten nun auch in Deutschland geborene Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn wenigstens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren legal in Deutschland lebt und über einen unbefristeten Aufenthaltstitel verfügt. Das sogenannte Geburtsortprinzip ergänzte damit das bis dahin ausschließlich geltende Abstammungsprinzip.⁹³

Jede Gemeinschaft muss festlegen, wer Teil von ihr ist und wer nicht. Bei demokratischen Gesellschaften ist dies insbesondere mit Blick auf die inhärente politische Partizipation wichtig. „Entscheidend für die Legitimität einer Demokratie ist, wer in welchem Maß politische Aktivität entwickelt, welche Formen einerseits gewährt und andererseits wahrgenommen werden.“⁹⁴ Nicht alle in Deutschland lebenden Menschen

Abgeordnete mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten 1990–2021



hatten und haben jedoch die gleichen Möglichkeiten der politischen Partizipation. So gilt sie für viele Menschen mit Migrationsgeschichte nur mit Einschränkungen.

Zur informellen politischen Partizipation gehören Proteste, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, ehrenamtliche Tätigkeiten in (politischen) Vereinen, Verbänden sowie Interessenvertretungen und bürgerschaftliches Engagement. Diese Arten der Partizipation stehen zunächst einmal allen Menschen offen. Mit der formalen politischen Partizipation wiederum ist vor allem das aktive und passive Wahlrecht gemeint. Sie ist durch entsprechende Gesetze geregelt und meist an die Staatsangehörigkeit gebunden.⁹⁵

In der Bundesrepublik Deutschland hatte die überwiegende Mehrheit der Menschen mit Migrationsgeschichte die Staatsbürgerschaft allerdings jahrzehntelang nicht, auf viele trifft es bis heute zu. Welche Wahlrechte sie dennoch haben, hängt entscheidend vom Herkunftsland ab. So dürfen Migrant:innen aus Ländern der Europäischen Union seit 1992 (Vertrag von Maastricht) das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene ausüben. Der Lissabon-Vertrag (2009) führte dann die Unionsbürgerschaft ein, die ihnen die Teilnahme an Europawahlen in demjenigen EU-Land erlaubte, in dem sie ihren Wohnsitz haben. EU-Bürger:innen können in der Bundesrepublik also auf kommunaler und europäischer Ebene auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft an Wahlen partizipieren. Für migrantische Menschen aus Drittstaaten, also aus Nicht-EU-Ländern, gilt dies nicht.⁹⁶

Gremien, für die alle Menschen mit Migrationsgeschichte wahlberechtigt sind, sind die Ausländer- und Integrations(bei)räte.⁹⁷ Erstere wurden im Sinne der Integration Mitte der 1980er Jahre eingerichtet und haben auf kommunaler Ebene eine beratende Funktion bei bestimmten Themen (interkultureller Austausch, Mehrsprachigkeit, Diskriminierung etc.), Entscheidungsbefugnisse allerdings nicht. So bleiben Menschen mit Migrationsgeschichte auch hier von verbindlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, wenn die Kommunen ihre Ratschläge nicht ernstnehmen. Daraus resultieren eine geringe Akzeptanz in migrantischen Communities, eine niedrige Wahlbeteiligung (unter 20 Prozent) und letztendlich wenig Legitimation der Ausländerbeiräte.⁹⁸

Um dem entgegenzuwirken, entstanden in jüngster Vergangenheit aus den Ausländerbeiräten heraus die Integrations(bei)räte. Sie haben tatsächlich Entscheidungskompetenz und sind stärker in kommunale Strukturen eingebunden. Sie werden teilweise gewählt und teilweise von den im Rat vertretenen Fraktionen entsandt.⁹⁹ Das Defizit an politischer Partizipation in Form der Teilnahme an regulären Wahlen auf kommunaler, Landes- sowie Bundesebene gleichen sie allerdings nicht aus.¹⁰⁰

Die Demokratiegeschichte der Bundesrepublik war über Jahrzehnte hinweg geprägt von fehlenden Wahlrechten für einen signifikanten Teil der Bevölkerung, der nicht über die Staatsbürgerschaft verfügte. In den 1980er Jahren wurde die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auch auf Menschen aus Drittstaaten diskutiert, aber aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1990 verworfen.¹⁰¹ Auch die Beteiligung von Deutschen mit Migrationsgeschichte ist ein vergleichbar junges Phänomen. Erst in der jüngeren Vergangenheit nahm durch Reformen wie dem seit 1. Januar 2000 geltenden neuen Staatsangehörigkeitsrecht und Entwicklungen wie den Aussiedlerbewegungen der 1990er Jahre die Zahl der wahlberechtigten Menschen mit Migrationsgeschichte in der Bundesrepublik stetig zu.¹⁰²

Dies schlug sich in der Folge auch in der politischen Repräsentation innerhalb der Parlamente nieder. Als erste Abgeordnete mit türkischer Migrationsgeschichte zogen 1994 Leyla Onur (SPD) und Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) in den Bundestag ein. Seither ist der Anteil der Parlamentarier:innen mit Migrationsgeschichte im Deutschen Bundestag stetig gestiegen. Dies ist allerdings keine automatische Entwicklung, die sowieso früher oder später stattgefunden hätte. Hier mussten sich Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Realität anpassen und ebenso brauchte es Menschen, die diesbezüglich aktiv wurden.¹⁰³

Migrantische Partizipation und Repräsentation in der Demokratie(geschichte)

Dass die historischen Ereignisse in Zusammenhang mit der formalen politischen Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte sehr nahe an der Gegenwart liegen, ermöglicht es der Geschichtsvermittlung, gegenwärtige Zusammenhänge ganz konkret einzubeziehen. Im Jahr 2020 hatten 26,7 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung einen Migrationshintergrund (fast 22 Millionen Menschen). Nur 7,9 Millionen von ihnen waren wahlberechtigt.¹⁰⁴ Dadurch bleiben sehr viele Menschen von der politischen Willensbildung ausgeschlossen. Gerade auf kommunaler Ebene, wo viele Entscheidungen getroffen werden, die sich konkret auf das Leben von Menschen mit Migrationsgeschichte auswirken, ist hier ein „Demokratiedefizit“ zu verzeichnen.¹⁰⁵

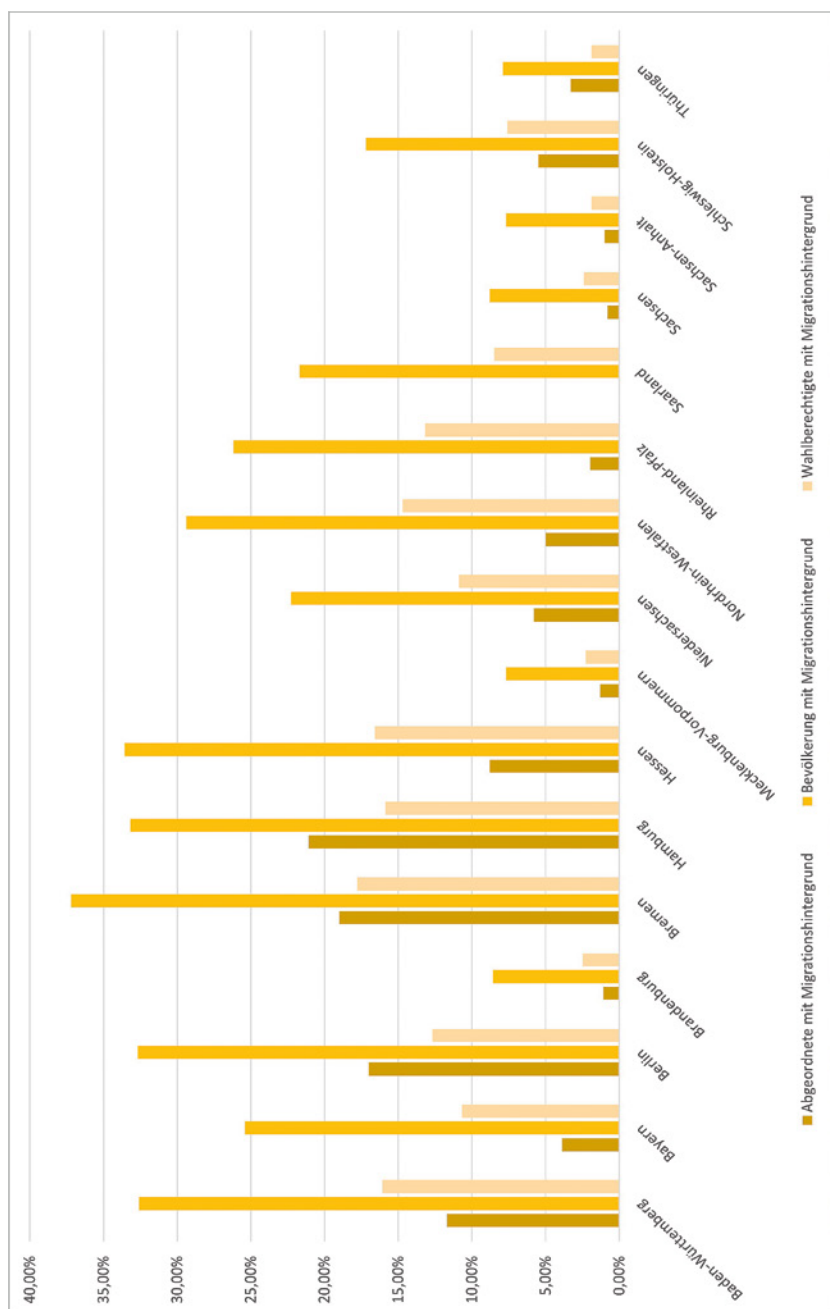
Auch die Zusammensetzung gegenwärtiger Parlamente bietet sich als Ausgangspunkt an, um Fragen zu Partizipation in der deutschen Demokratie(geschichte) aufzuwerfen. In ihrer Studie *Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten* stellen die Politikwissenschaftler Andreas M. Wüst und Henning Bergmann fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten klar unterrepräsentiert sind, auf Landes- mehr als auf Bundesebene. Ende 2021 saßen

nur 83 Abgeordnete mit Einwanderungsgeschichte im Deutschen Bundestag (11,3 Prozent). In den Landtagen waren es 136 Abgeordnete, also nur 7,2 Prozent. Eine deutliche „Repräsentationslücke“ findet sich in nahezu allen Parlamenten.¹⁰⁶

Die Auswirkungen der „großen Geschichte“ können hier ganz konkret vor Ort aufgezeigt werden. Je nach Art des Geschichtsvermittlungsangebots bietet es sich an, Daten und Quellen vor Ort zu sammeln und einzubeziehen, beispielsweise zur Zusammensetzung des Gemeinderats. Vermittlungsangebote können hierbei etwa Fragen dazu aufwerfen, wie viel Teilhabe jedem Menschen in einer Demokratie zusteht und warum dies scheinbar nicht für alle in gleichem Maße gilt.

Die Politikwissenschaftlerin Karen Schönwälder findet nicht, dass alle gesellschaftlichen Gruppen zwingend ihrem tatsächlichen Bevölkerungsanteil entsprechend in den Parlamenten vertreten sein müssen. Bei verschiedenen religiösen Konfessionen würde eine derartige Forderung beispielsweise recht befremdlich wirken. Sie betont aber, dass eine geringe Präsentation in den politischen Eliten ein Indiz für Benachteiligung sein könne, widerspiegelt etwa in Vorurteilen, dass bestimmte Gruppen nicht für bestimmte Aufgaben geeignet seien. Die mangelhafte Vertretung der eigenen Gruppe in einer Institution könne darüber hinaus zu geringem Vertrauen in dieses Organ und eine grundsätzlich niedrigere Akzeptanz von dessen Entscheidungen führen. Weil Parteien auch zwischen Bevölkerung und politischer Entscheidungsebene vermitteln, fänden außerdem die Bedürfnisse, Meinungen und Lebensrealitäten von Gruppen, die darin nicht vertreten sind, schlicht weniger Beachtung. So setzten sich Politiker:innen mit Migrationsgeschichte tendenziell auch für spezielle migrantische Anliegen ein und förderten dadurch die Gleichberechtigung. Das heiße aber nicht, dass sie sich „nur“ für migrantische Themen einsetzen und deshalb auf diese reduziert werden können.¹⁰⁷

Auch kann grundsätzlich zur Debatte gestellt werden, ob und inwiefern Beschränkungen des Wahlrechts für Zugezogene noch der globalisierten Lebensrealität des 21. Jahrhunderts und freiheitlich-demokratischen Gesellschaften entsprechen. Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte „vermittelt ein Bewusstsein dafür, dass Regelungen in demokratischen Prozessen verändert werden können und gesellschaftliche Veränderungen dabei neue Anforderungen an das politische System stellen und Weiterentwicklungen erforderlich machen“. ¹⁰⁸ Die Welt vor 100, vor 50 oder vor zehn Jahren ist eine andere als heute. Demokratiegeschichte kann zeigen, wie Menschen zu verschiedenen Zeiten damit umgegangen sind.



Abgeordnete mit Migrationshintergrund in den Landtagen 2021 in Relation zur Bevölkerung

Hierbei lohnt sich nicht nur der Blick in die eigene Vergangenheit, sondern auch in die Demokratiegeschichte anderer Staaten. So haben beispielsweise einige EU-Staaten das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Angehörige von Drittstaaten eingeführt; Schweden fasste diesen Entschluss bereits 1975.¹⁰⁹ Auch wenn die Situation in anderen Ländern und zu anderen Zeiten unterschiedlich ist, kann die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte andere Vorstellungen und Verständnisse von Staatlichkeit oder nationaler Identität liefern.¹¹⁰ So sieht etwa die Historikerin Maria Alexopoulou in Konzepten wie „Nation“ und „Volk“ Auslaufmodelle und wünscht sich alternativ eine „Demokratie als das Recht aller Anwesenden, gleichberechtigt mitzusprechen und mitzuentcheiden“¹¹¹.

Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“

Im Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ kommen Organisationen zusammen, die zwar mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Migrationsgesellschaft blicken, sich aber gemeinsam für eine offene Gesellschaft in Vielfalt einsetzen: der *Bundesverband russischsprachiger Eltern*, der *Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland*, *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, die *neuen deutschen organisationen*, die *Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa* und die *Türkische Gemeinde in Deutschland*. Das Kompetenznetzwerk möchte das inklusive Selbstverständnis als Migrationsgesellschaft und gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz fördern und gestalten. Mit politischer Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte setzen sich die Organisationen beispielsweise in der Publikation *Migrationsgesellschaft how? Eine Anleitung der Zivilgesellschaft für mehr Repräsentanz und Teilhabe* mit einem besonderen Fokus auf die politische Bildung für Kinder und Jugendliche auseinander.

Weitere Informationen unter www.kn-zusammenleben.de

-
- 92 Falk Lämmermann: Staatsangehörigkeitsrecht. In: Karl-Heinz Meier-Braun, Reinhold Weber (Hrsg.): Migration und Integration in Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen. Bonn 2013, S. 113–116, S. 114.
- 93 Vgl. Jan Plamper: Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen. Frankfurt am Main 2019, S. 271 f.
- 94 Martin Sauer: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. In: Heinz Ulrich Brinkmann, Martina Sauer (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden 2016, S. 255–279, S. 256.
- 95 Bernhard Wilmes: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, [online] <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/247685/politische-partizipation-von-migrantinnen-und-migranten> [20.10.2023].
- 96 Vgl. Wilmes: Politische Partizipation.
- 97 Wahlberechtigt sind alle Volljährigen aus Dritt- und EU-Staaten, die mindestens drei Monate vor Ort leben, sowie auf Antrag auch bereits eingebürgerte Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

- 98 Vgl. Wilmes: Politische Partizipation.
- 99 Sie setzen sich in der Regel aus Mitgliedern des Stadtrats, Vertreter:innen verschiedener Migrant:innenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden sowie Institutionen und lokalen Fachleuten zusammen, die sich mit Integrationsthemen befassen.
- 100 Vgl. Wilmes: Politische Partizipation.
- 101 Sauer: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation, S. 258.
- 102 Vgl. Karen Schönwälder: Einwanderer in Räten und Parlamenten, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32374/einwanderer-in-raeten-und-parlamenten> [20.10.2023].
- 103 Vgl. Schönwälder: Einwanderer in Räten und Parlamenten.
- 104 Vgl. Aimie Bouju: Die parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte im Bundestag, [online] <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/514281/die-parlamentarische-repraesentation-von-menschen-mit-migrationsgeschichte-im-bundestag/#node-content-title-3> [20.10.2023].
- 105 Vgl. Wilmes: Politische Partizipation.
- 106 Vgl. Andreas M. Wüst, Henning Bergmann: Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten, [online] https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MDI_Expertise_Politische_Repraesentation.pdf, S. 3 ff. [20.10.2023].
- 107 Vgl. Schönwälder: Einwanderer in Räten und Parlamenten.
- 108 Michael Parak: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte? Beispiel 1848/49. In: APuZ 7–9 (2023), S. 39–44, S. 43.
- 109 Es folgten Dänemark, die Niederlande, Finnland, Estland, Litauen, Slowenien, Luxemburg, Slowakei, Belgien, Ungarn, Irland und Griechenland.
- 110 Vgl. Wilmes: Politische Partizipation.
- 111 Maria Alexopoulou: Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen. Stuttgart 2020, S. 249.

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN UND VERLIEREN

Demokratie ist keine unaufhaltsame
Veränderung im Sinne eines „Mehr und Besser“ –
sie ist vielmehr stets angreifbar und gefährdet.
Zur Verteidigung der Demokratie gehört deshalb,
sie zu gestalten, zu leben und weiterzuentwickeln,
aber sich zusätzlich gegen extremistische Kräfte
zu positionieren.

„Fremd im eigenen Land“: Rechtsextreme Anschläge in den 1990er Jahren

Demokratien erlauben eine breite Vielfalt an Meinungen und Einstellungen. So gibt es in demokratischen Gesellschaften auch extremistische Positionen, die etwa Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Rechte aberkennen möchten und sie nicht als Teil der deutschen Gesellschaft akzeptieren. Im schlimmsten Fall führen diese Überzeugungen zu gewalttätigen Handlungen. Wie gehen demokratische Gesellschaften mit solchen extremistischen Positionen und Taten um?

Der Beginn der 1990er Jahre war geprägt von einem Höhepunkt rassistischer Gewalt, die das gerade erst wiedervereinigte Deutschland erschütterte. Die Wiedervereinigung kann als verstärkender Faktor für die nationalistischen Gewaltexzesse gesehen werden. Wichtig ist jedoch, die Anschläge auch in die Kontinuität rassistischer Gewalt der 1970er und 1980er Jahre sowohl in West- als auch Ostdeutschland einzubetten und zu verstehen. Beide Staaten waren durch Arbeitsmigration¹¹² geprägt, in Ost wie West waren Migrant:innen im Alltag Opfer von Rassismus und Gewalttaten. In der DDR kam es bereits 1975 zu mehrtägigen Ausschreitungen gegen algerische Arbeitsmigrant:innen sowie am 12. August 1979 zum gewaltsamen Tod der beiden Kubaner Delfin Guerra und Raúl García Paret.¹¹³ In der Bundesrepublik gelten Đỗ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu, die 1980 ermordet wurden, als die ersten dokumentierten Todesopfer rassistischer Gewalt in der Nachkriegszeit.¹¹⁴

Die Namen der Orte von Gewaltexzessen und Brandanschlägen der 1990er Jahre sind zu Synonymen für eine Zeit geworden, die heute oft als „Baseballschlägerjahre“ bezeichnet wird. Im sächsischen Hoyerswerda versammelten sich ab dem 17. September 1991 mehr als 100 Gewalttäter:innen, die Unterkünfte von geflüchteten Menschen und Arbeitsmigrant:innen angriffen.¹¹⁵ Die brutalen Ausschreitungen wurden von Schaulustigen begleitet und markieren den Beginn einer gesamtdeutschen medialen Öffentlichkeit, die nun vermehrt Notiz von dem eklatanten Anstieg „fremdenfeindlicher Gewalt“ nahm.¹¹⁶ Zwischen dem 22. und 26. August 1992¹¹⁷ folgte das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, bei dem abermals mehrere Hundert teilweise rechtsextreme Randalierer:innen Menschen in einem Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter:innen sowie in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) angriffen. Am dritten Tag steckten sie das Wohnheim in Brand, begleitet von mehreren Tausend applaudierenden Zuschauer:innen. Am 23. Novem-

ber 1992 kam es in Mölln zum Brandanschlag auf das Haus der Familie Arslan, bei dem die zehnjährige Yeliz Arslan, die 14-jährige Ayşe Yılmaz und die 51-jährige Bahide Arslan getötet und weitere Familienmitglieder schwer verletzt wurden.¹¹⁸ Dem tödlichen Brandanschlag war ein weiterer Angriff auf ein in der Nähe gelegenes Haus vorausgegangen, in dem Menschen türkischer Herkunft wohnten. Neun von ihnen erlitten schwere Verletzungen. Am 28. Mai 1993 verübten rechtsradikale Täter einen Mordanschlag auf ein Einfamilienhaus in Solingen, bei dem sechs Menschen starben.¹¹⁹

Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen. Diese vier Ortsnamen sind es, die exemplarisch für die rassistischen Ausschreitungen, Gewalttaten und Morde der ersten Hälfte der 1990er Jahre stehen. Was sie nicht näher beschreiben, sind die Leiderfahrungen, die Trauer und die Traumata der betroffenen Menschen. Ebenso beschreiben sie nicht die alltägliche Angst vieler migrantischer oder migrantisierter¹²⁰ Menschen in Deutschland, das nächste Opfer zu werden, oder das Gefühl, im eigenen Land nicht erwünscht zu sein. Die Brandanschläge und Ausschreitungen hatten auf sie einen nachdrücklichen Einfluss und zeigen sich an verschiedenen „alltäglichen“ Umgangsweisen mit dieser Angst. In der kollektiven Erinnerung an die 1990er Jahre, vor allem der Mehrheitsgesellschaft, sind sie aber wenig präsent:

Der Verkauf von Brandmeldern und Strickleitern stieg, Familien schickten ihre Kinder aus der Stadt zu Verwandten, dachten über eine Rückkehr in die Türkei nach oder verließen das Land tatsächlich. Sie legten ihre Kinder nachts angezogen schlafen, ließen sie nur noch ungern vor die Tür und begegneten „dem kollektiven Schutzgedanken des Staates“ mit wachsendem Misstrauen.¹²¹

Viele fühlten sich vom demokratischen Staat schlicht nicht geschützt. So etablierten sie vielfältige Formen der Selbstverteidigung und ergriffen Maßnahmen zum Schutz ihrer Familien. Neben Strickleitern in Wohnungen, um jederzeit fliehen zu können, organisierten sich viele Hausbewohner:innen. Es bildeten sich Stadtteilgruppen, die versuchten, die eigenen Häuser oder Viertel zu bewachen.¹²² Manche verteidigten sich gewaltvoll gegen rechte Gruppierungen oder es kam zu Demonstrationen, in denen sich zum Teil auch Gewalt entlud.¹²³ Bereits Ende der 1980er Jahre entstand die *Antifa Gençlik*: 1988 in Berlin gegründet, organisierten sich darin „antifaschistische, migrantische Jugendliche im Widerstand gegen Faschismus und faschistische Gewalt“.¹²⁴

Weiterhin reagierte eine Sub- und Jugendkultur auf die rassistischen Übergriffe zu Beginn der 1990er Jahre, indem sie – vor allem im Hip-Hop – Gefühle von Frust, Angst und Fremdheit thematisierte. Bereits 1992 beschrieben etwa *Advanced Chemistry*



Demonstration am Tatort des Brandanschlages von Solingen, 1993

in einem Lied mit dem programmatischen Titel „Fremd im eigenen Land“¹²⁵ das Gefühl einer ganzen Generation. Obwohl in Deutschland geboren, wurden Kinder oder Enkelkinder sogenannter Gastarbeiter:innen von der Mehrheit der Gesellschaft nach wie vor oft als „Ausländer:innen“ wahrgenommen und machten Erfahrungen von alltäglichem Rassismus. Die kulturelle Bearbeitung der Thematik stellte einen Wandel in der Sichtbarkeit jener angegriffenen Communities mit Migrationsgeschichte dar: Die Erfahrungen junger Menschen standen im Mittelpunkt, der Song gab ihnen eine Stimme und konnte dadurch auch empowern. In ihr drückt sich auch ein neues Selbstbewusstsein aus, ein „narrativer Wandel vom Objekt zum Subjekt“¹²⁶.

Die rechtsextremen Anschläge riefen nicht nur bei Betroffenen Reaktionen hervor: So kam es in der neuen Bundesrepublik erstmalig zu Massenmobilisierungen einer breiten solidarischen Zivilgesellschaft¹²⁷, oft in Form sogenannter „Lichterketten“ mit mehreren Hunderttausend Demonstrierenden. Politische Reaktionen fielen weniger solidarisch aus: So rechtfertigte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl seine Abwesenheit in den Tagen nach den Brandanschlägen in Mölln damit, keinen

„Beileidstourismus“ betreiben zu wollen.¹²⁸ Ende Dezember 1992 stimmte der Deutsche Bundestag mit einer Zweidrittelmehrheit aus CDU/CSU, SPD und FDP für eine weitreichende Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes, die eine erhebliche Beschneidung des Grundrechtes auf Asyl darstellte.¹²⁹ Die Verfassungsänderung trat ab dem 28. Juni 1993 in Kraft und erschwerte nun die Möglichkeit, sich erfolgreich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen.¹³⁰ Nicht nur war der sogenannte „Asylkompromiss“ eine Reaktion auf gestiegene Asylbewerberzahlen zu Beginn der 1990er Jahre, er kann auch als eine Reaktion auf die rassistischen Gewalttaten gesehen werden.¹³¹ Auch dies ist also ein Umgang der demokratischen Gesellschaft mit extremistischen Taten und Positionen eines Teils seiner Bevölkerung. Aufseiten der rechtsextremen Gewaltakteur:innen blieb so auch die Erkenntnis, dass „die massive rassistische Gewalt der frühen 1990er Jahre politische Entscheidungen beeinflussen konnte“¹³².

Rechtsextremistische Gewalt in der Erinnerungskultur der Migrationsgesellschaft

Auch für die folgenden Jahrzehnte können rechtsextreme und rassistische Anschläge und Morde verzeichnet werden. Der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) konnte über einen Zeitraum von zehn Jahren eine Serie an Morden sowie Nagelbombenanschlägen begehen, die erst 2011 endete.¹³³ Lange wurden die Taten nicht als rechtsextrem erkannt, vielmehr wurden die Gründe für die Morde im Umfeld der Opfer gesucht. Ebenfalls blieb lange eine bundesweite Mobilisierung der Zivilgesellschaft aus, da der Zusammenhang zwischen den Taten nicht erkannt wurde. Dieser Zusammenhang wurde vor allem von den Angehörigen der Opfer öffentlich thematisiert, die sich bereits im Mai 2006 zusammenschlossen und mit der Forderung „Kein 10. Opfer“ eine Demonstration organisierten.¹³⁴ Ein Grund dafür, dass die Familien der Opfer bereits fünf Jahre vor der Selbstenttarnung des NSU 2011 auf Rassismus als Motiv und die Zusammengehörigkeit der Taten hinwiesen, bevor und „ohne dass dieses Wissen ermittlungstechnisch relevant geworden wäre“¹³⁵, waren auch die Ereignisse zu Beginn der 1990er:

*Das Wissen um Wiederholung und die endlose Geschichte rassistischer Gewalt ist Menschen mit Migrationsgeschichte stets präsent. Sich eingehend mit der Alltags- und Erfahrungsgeschichte des Rassismus zu beschäftigen, [...] generiert historisches Wissen. [...] Wer diese Perspektive konsequent aufnimmt, lernt nicht nur etwas über die Ursachen, sondern auch über die Auswirkungen auf Dauer gestellter Rassismuserfahrung.*¹³⁶



Ibrahim Arslan hält ein Bild des brennenden Hauses in Mölln in der Hand.

Ebenso lässt sich darüber etwas lernen, wie sich Menschen demokratischer Mittel und Ausdrucksformen ermächtigten, um auf ihre Schicksale und die erfahrene Gewalt aufmerksam zu machen und sich Gehör zu verschaffen. Im Falle des NSU-Komplexes beispielsweise waren dies Demonstrationen, Veranstaltungen und Gründungen von Initiativen wie *Keupstraße ist überall*, *NSU-Komplex auflösen*, *NSU-Tribunal* und *NSU-Watch*.¹³⁷ Hier kamen Betroffene unterschiedlicher Anschläge zusammen – auch Betroffene von Anschlägen der 1990er und 1980er Jahre.¹³⁸ Migrantisches Wissen in der Geschichtsvermittlung trägt nicht nur einer Migrationsgesellschaft Rechnung, die längst Realität ist, sondern stärkt auch eine demokratische Bildung, indem es Formen der Beteiligung, Selbstorganisation, Vernetzung und des Engagements aufzeigt. Es ist wichtig, diesen Geschichten einen sichtbaren Platz in der Erinnerungskultur der jüngeren deutschen Vergangenheit und in der Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte zu geben.

Nach den Anschlägen vom 19. Februar 2020 in Hanau, bei denen neun junge Menschen¹³⁹ erschossen wurden, vernetzten sich auch hier lokale und bundesweite Gruppen, betroffene wie solidarische Menschen, und es fanden über 100 Gedenkundgebungen und Demonstrationen statt. So kann Hanau als Wendepunkt gesehen werden, „sowohl auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Mobilisierungen als auch im gesellschaftlichen und medialen Umgang mit rassistischen Mordanschlägen“.¹⁴⁰ Neu war auch, dass mit der Forderung „Say their names“ die Namen und Gesichter der Opfer

im Vordergrund standen und nicht Gesicht und Name des Täters. Dieser veränderte Umgang baut auch auf den migrantischen „Erinnerungskämpfen“ sowie gesellschaftlichen Debatten und Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte auf. In diesem Sinne können die vergangenen und anstehenden 30. Jahrestage der rechtsextremen Anschläge

*einen Anlass bieten, diese Erfahrungs- und Handlungsräume genauer auszuleuchten und in das „Doing Memory“ an rassistische Gewalt zu integrieren. Lernen lässt sich auf diese Weise sowohl etwas über die historischen Ursachen und langen Kontinuitätslinien rassistischer Gewalt als auch darüber, wie weit die politischen und gesellschaftlichen Räume waren, in denen Rassismus sich ausbreiten konnte, und wie nötig alle Versuche waren und bleiben, sie zu verkleinern.*¹⁴¹

Zeitzeugengespräche mit Ibrahim Arslan

Am 23. November 1992 legten Neonazis in Mölln einen Brand im Haus der türkischstämmigen Familie Arslan. Die Angehörigen und Überlebenden des Anschlags setzen sich seit 30 Jahren für ein selbstbestimmtes Gedenken von Betroffenen und Überlebenden rechter Gewalt ein. Sie gestalten die *Möllner Rede im Exil* und den Gedenktag am 23. November; sie unterstützen andere Betroffene rechter Gewalt in ihrem selbstgewählten Gedenken; sie organisieren Bildungsveranstaltungen und Zeitzeug:innengespräche und erzählen ihre Geschichten.

Ibrahim Arslan, der den Brandanschlag als Siebenjähriger überlebte, ist einer von ihnen. Er engagiert sich dafür, die Erinnerung wachzuhalten und der Perspektive der Opfer rechtsextremer Gewalt mehr Gehör zu verschaffen. Unermüdlich stellt er sich als Zeitzeuge für Gesprächsrunden zur Verfügung.

Weitere Informationen unter www.gedenkenmoelln1992.wordpress.com und www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratie-ist-wichtig-punkt

- 112 Wenngleich die DDR vielfach nicht als Migrationsgesellschaft erinnert wird, war auch sie ebenso wie die BRD durch Migration aus sogenannten Bruderstaaten wie Vietnam, Mosambik, Angola, Kuba und Polen geprägt. Vgl. Katharina Warda, Patrice G. Poutrus: Die DDR als Migrationsgesellschaft und die rassistische Gewalt der „Baseballschlägerjahre“ in Ostdeutschland. Der Weg in die Berliner Republik. In: Jürgen Zimmerer (Hrsg.): Erinnerungskämpfe. Neues Deutsches Geschichtsbewusstsein. Stuttgart 2023, S. 375–396.
- 113 Warda, Poutrus: DDR als Migrationsgesellschaft, S. 380 f.
- 114 Katarina Stjepandić: Hanau ist überall. Der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken nach den rassistischen Anschlägen in Hanau als postmigrantisches Mobilisierung. In: Leviathan 39 (2022), S. 326–351, S. 332.
- 115 Janosch Steuwer, Till Kössler: Deutscher Herbst 1991. Rechte Gewalt und nationale Selbstbetrachtung. In: APuZ 49–50 (2022), S. 15–20, S. 15, [online] https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/221130_BPB_apuz_49_50_rechte_gewalt.pdf [10.11.23].
- 116 In der damals gebräuchlichen Terminologie wurden als Grund für die Ausschreitungen die Begriffe „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Ausländerfeindlichkeit“ zur Beschreibung genutzt. Erst später wurden sie „aufgrund ihrer inhärenten Reproduktion von Fremdheitsdiskursen und ihrer Kaschierung des rassistischen Kerns von Diskursen und Taten in wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten problematisiert“. Vgl. Stjepandić: Hanau ist überall, S. 333.
- 117 Es ist keinesfalls so, dass es in der Zwischenzeit keine Übergriffe, Brandanschläge oder Morde gab. Bereits zwei Tage nach Hoyerswerda starb am 17. September 1991 in Saarlouis Samuel Kofi Yeboah, der aus Ghana stammte. Er starb bei einem Brandanschlag von Neonazis auf das dortige „Asylbewerberheim“. Weitere Geflüchtetenunterkünfte wurden in zahlreichen (kleineren) Orten im gesamten Bundesgebiet angegriffen. Für das Jahr 1991 wurden im Oktober bereits 489 „fremdenfeindliche“ Gewalttaten registriert, mit einem rasanten Anstieg der Zahlen ab September. Vgl. Steuwer, Kössler: Deutscher Herbst 1991, S. 16.
Die Amadeu Antonio Stiftung verzeichnet in einer Onlinedatenbank mindestens 219 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990. Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2021. Todesopfer rechter Gewalt, [online] <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt> [9.11.2023].
- 118 Vgl. [online] <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com> [9.11.2023].
- 119 „Die 28-jährige Gürsün Ince, [...] die 18-jährige Hatice Genç, die neunjährige Hülya Genç, ihre vierjährige Schwester Saima sowie die zwölfjährige Gülüstan Öztürk, die aus der Türkei zu Besuch war.“ Franka Maubach: Mölln, Solingen und die lange Geschichte des Rassismus in der Bundesrepublik. In: APuZ 49–50 (2022), S. 27–32, S. 27.
- 120 „Migrantisiert“ wird in Bezug auf einen zugeschriebenen oder tatsächlichen Migrationshintergrund auch ohne eigene Migrationserfahrung genutzt und verweist ebenso auf Praxen des „Andersmachens“.
- 121 Maubach: Mölln, Solingen, S. 32.
- 122 Warda, Poutrus: DDR als Migrationsgesellschaft, S. 390.
- 123 Maubach: Mölln, Solingen, S. 32.
- 124 Zitat Bafta Sarbo. In: International Women* Space (Hrsg.): „Als ich nach Deutschland kam“. Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe. Münster 2019, S. 109. Bis zu ihrer Auflösung Mitte der 1990er Jahre entstanden Antifa Gençlik-Gruppen in mehreren Städten.
- 125 Advanced Chemistry: „Fremd im eigenen Land“, 1992.
- 126 Zitat Katharina Warda, Vortrag „Migrationsgesellschaft im Wandel“, Fachkonferenz des Kompetenznetzwerks „Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ vom 7.–8.11.2023, 7.11.2023.
Weitere in den 1990er Jahren aus „Protest gegen rassistische Stigmatisierung“ gegründete politisch-kulturelle Gruppen, wie etwa Kanak Attak repräsentieren ebenfalls diesen Wandel und verhandelten Zugehörigkeitsvorstellungen mit den Mitteln subversiver Provokation. Vgl. Stjepandić: Hanau ist überall, S. 333.
- 127 Vgl. ebd.
- 128 Ebd., S. 345.
- 129 Fabian Virchow: Rechte Gewalt in Deutschland nach 1945. Eine Einordnung der 1990er Jahre. In: APuZ 49–50 (2022), S. 10–14, S. 14.
- 130 International Women* Space (Hrsg.): „Als ich nach Deutschland kam“, S. 110.
- 131 Bpb: Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts 1993, 24.05.2023, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/160780/vor-zwanzig-jahren-einschraenkung-des-asylrechts-1993> [10.11.23].

- 132 Virchow: Rechte Gewalt, S. 14.
- 133 Vgl. Stjepandić: Hanau ist überall, S. 326.
- 134 Ebd.
- 135 Maubach: Mölln, Solingen, S. 32.
- 136 Ebd.
- 137 Stjepandić: Hanau ist überall, S. 334.
- 138 Der Film „Der zweite Anschlag“ gibt u. a. einen Einblick in diese Vernetzung bei dem sogenannten NSU-Tribunal in Köln. Was die Protagonist:innen des Films – und viele weitere Überlebende rassistischer Anschläge – eint, ist die Erfahrung staatlichen Misstrauens, fehlender Ermittlungserfolge oder von Ermittlungen, die zunächst Angehörige der Opfer verdächtigen, sowie ausbleibende gesellschaftliche Empörung: Für sie der zweite, der gesellschaftliche Anschlag.
- 139 Dies waren Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili VioREL Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat GürbüZ, Gökhan Gültekin. S. Stjepandić: Hanau ist überall, S. 326.
- 140 Ebd., S. 327.
- 141 Maubach: Mölln, Solingen, S. 32.

ANHANG

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- Seite 13: Lower East Side Tenement Museum, gemeinfrei (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:GermanEmigrantsBoardingAShipInHamburg.jpg>)
- Seite 14: Zeichnung aus *Der Märker*, 1840, gemeinfrei (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mathilde_Franziska_Anneke.jpg)
- Seite 19: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, CC BY-SA 2.0 DEED ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wilhelm_Knabe_\(15782113727\)_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wilhelm_Knabe_(15782113727)_(cropped).jpg))
- Seite 19: Scott-Hendryk Dillan, CC BY-SA 3.0 DE DEED (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roland-Jahn.jpg>)
- Seite 27: Historisches Archiv der BVG, gemeinfrei (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Martin_Dibobe_Zugf%C3%BChrer_1902.jpg)
- Seite 30: OTFW, Berlin, CC BY-SA 3.0 DEED ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berliner_Gedenktafel_Kuglerstr_44_\(Prenz\)_Martin_Dibobe.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berliner_Gedenktafel_Kuglerstr_44_(Prenz)_Martin_Dibobe.jpg))
- Seite 33: MoSchle, CC BY 3.0 DEED (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Elsbeth_HerbertWeichmann.jpg)
- Seite 35: © Stiftung Exilmuseum (<https://www.artefakt-berlin.de/aktuelle-projekte/werkstatt-exilmuseum/>)
- Seite 41: Hafenjunge, CC BY-SA 3.0 DE (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Gedenktafel_Ernst-Kuzorra-Platz_in_Gelsenkirchen.jpg)
- Seite 42: Maschinenjunge, CC BY-SA 3.0 DEED (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Polnische_Arbeiterbank,_Bochum.JPG)
- Seite 48: Stadtarchiv Neuss, Fotograf Wolfgang Maes
- Seite 49: eigener Screenshot von www.domid.org/news/wilde-streiks-1973
- Seite 51: Diagramm nach: Forschungsprojekt REPCANCE (Hochschule München) 2023. Vgl. Andreas M. Wüst, Henning Bergmann: Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten. Zusammengefasst unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-viele-abgeordnete-haben-migrationshintergrund.html>
- Seite 55: Diagramm nach: Forschungsprojekt REPCANCE (Hochschule München) 2023. Vgl. Andreas M. Wüst, Henning Bergmann: Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten. Zusammengefasst unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-viele-abgeordnete-haben-migrationshintergrund.html>
- Seite 62: Sir James, CC BY-SA 2.0 DE DEED (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Brandanschlag_solingen_1993.jpg)
- Seite 64: Pressematerial „Der Zweite Anschlag“ (<https://derzweiteanschlag.de/pressematerialien/>)

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Maria Alexopoulou: *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Stuttgart 2020.

Maria Alexopoulou: *Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland*. In: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 463–484.

Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel (Hrsg.): *Demokratiegeschichte bloggen*. Berlin 2020.

Hannah Arendt: *Unsere Identität wechselt so häufig*. In: Harald Roth (Hrsg.): *Kein Land, nirgends? Flucht aus Deutschland, Flucht nach Deutschland 1933–1945 und heute*.

Uwe Bahnsen: *Die Weichmanns in Hamburg. Ein Glücksfall für Hamburg*. Herausgegeben von der Weichmann-Stiftung. Hamburg 2001.

Toman Barsbai et al.: *The Effect of Labor Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence from a Former Soviet Republic*. In: American Economic Journal: Applied Economics 9/3 (2017), S. 36–69.

Wolfgang Benz: *Geschichte des Dritten Reiches*. Bonn 2010.

Werner Bergmann: *„Wir haben Sie nicht gerufen.“ Reaktionen auf jüdische Remigranten in der Bevölkerung und Öffentlichkeit der frühen Bundesrepublik*. In: Irmela von der Lühe, Axel Schildt, Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.): *„Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause.“ Jüdische Remigration nach 1945*. Göttingen 2008, S. 19–39.

Diethelm Blecking, Lorenz Pfeiffer, Robert Traba (Hrsg.): *Vom Konflikt zur Konkurrenz. Deutsch-polnisch-ukrainische Fußballgeschichte*. Göttingen 2014.

Dieter Braeg (Hrsg.): *Wilder Streik – das ist Revolution. Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973*. Berlin 2012.

Werner Bührer: *Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik*. In: *Deutschland in den 70er/80er Jahren. Informationen zur politischen Bildung / izpb*. Bonn 2002.

Heike Bungert: *Deutsche „Forty-Eighters“ in den USA*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–9 (2023), S. 31–38.

Annette P. Bus: *Mathilde Anneke and the Suffrage Movement*. In: Charlotte L. Brancaforte (Hrsg.): *The German Forty-Eighters in the United States*. New York 1989, S. 79–92.

Dittmar Dahlmann, Albert Kotowski, Zbigniew Karpus (Hrsg.): *Schimanski, Kuzorra und andere: Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg*. Essen 2005.

Anneliese Ego: *Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896–1948*. Herausgegeben von der Weichmann-Stiftung. Hamburg 1998.

Wolfgang Helbich, Walter D. Kamphoefner (Hrsg.): *Deutsche im Amerikanischen Bürgerkrieg. Briefe von Front und Farm 1861–1865*. Paderborn 2002.

Mischa Honeck: *We are the Revolutionists. German-Speaking Immigrants and American Abolitionists after 1848*. Athens 2011.

Irina Hundt: Mathilde Franziska Anneke (1817–1884). *Eine radikale Demokratin auf zwei Kontinenten*. In: Frank-Walter Steinmeier (Hrsg.): *Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918*. München 2021, S. 199–211.

Jörg Huwer: *„Gastarbeiter“ im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973*. Köln 2013.

International Women* Space (Hrsg.): *„Als ich nach Deutschland kam“. Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe*. Münster 2019.

Claus-Dieter Krohn (Hrsg.): *Herbert Weichmann (1896–1983). Preußischer Beamter, Exilant, Hamburger Bürgermeister. Dokumentation anlässlich eines Kolloquiums der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung „Rückkehr und Aufbau nach 1945“*. Hamburg 1996.

Falk Lämmermann: *Staatsangehörigkeitsrecht*. In: Karl-Heinz Meier-Braun, Reinhold Weber (Hrsg.): *Migration und Integration in Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen*. Bonn 2013.

Franka Maubach: *Mölln, Solingen und die lange Geschichte des Rassismus in der Bundesrepublik*. In: APuZ 49–50 (2022), S. 27–32.

Peter Mertz: *Und das wurde nicht ihr Staat. Erfahrungen emigrierter Schriftsteller mit Westdeutschland*. München 1985.

Jochen Oltmer: *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart*. 2. überarb. u. erw. Aufl. Darmstadt 2020.

Jochen Oltmer: *Globale Migration. Geschichte und Gegenwart*. Bonn 2016.

Michael Parak: *Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte? Beispiel 1848/49*. In: APuZ 7–9 (2023), S. 39–44.

Michael Parak: *Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in der kommunalen Erinnerungskultur*. In: Michael Parak, Norbert Böhnke (Hrsg.): *Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte. Beispiele aus Halle, Berlin, Potsdam*, Berlin 2020.

Jan Plamper: *Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen*. Frankfurt am Main 2019.

Katja Salomo: *The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidence from the East German State Thuringia*. In: *Political Geography*, 2019, Jg. 69, März, S. 103–117.

Martin Sauer: *Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten*. In: Heinz Ulrich Brinkmann, Martina Sauer (Hrsg.): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*. Wiesbaden 2016, S. 255–279.

Janosch Steuer, Till Kössler: *Deutscher Herbst 1991. Rechte Gewalt und nationale Selbstbetrachtung*. In: *APuZ* 49–50 (2022), S. 15–20.

Katarina Stjepandić: *Hanau ist überall. Der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken nach den rassistischen Anschlägen in Hanau als postmigrantische Mobilisierung*. In: *Leviathan* 39 (2022), S. 326–351.

Fabian Virchow: *Rechte Gewalt in Deutschland nach 1945. Eine Einordnung der 1990er Jahre*. In: *APuZ* 49–50 (2022), S. 10–14.

Katharina Warda, Patrice G. Poutrus: *Die DDR als Migrationsgesellschaft und die rassistische Gewalt der „Baseballschlägerjahre“ in Ostdeutschland. Der Weg in die Berliner Republik*. In: Jürgen Zimmerer (Hrsg.): *Erinnerungskämpfe. Neues Deutsches Geschichtsbewusstsein*. Stuttgart 2023.

Elsbeth Weichmann: *Zuflucht. Jahre des Exils*. Hamburg 1983.

Hartmut Wendt: *Die deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40-jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise*. In: *Deutschland Archiv* 4, 24 (1991), S. 386–395.

AUTORINNEN UND AUTOREN

ANNALENA BAASCH

hat in Münster Erziehungswissenschaften und Geschichte und danach Public History an der FU Berlin studiert. Seit 2017 arbeitet sie in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. Dort ist sie als Projektkoordinatorin Demokratiegeschichte und im Bereich Social Media tätig.

ULLI ENGST

studierte an der FU Berlin Geschichte, Politikwissenschaften und Public History. Seit 2021 arbeitet er bei *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung als Projektkoordinator Demokratiegeschichte und ist darüber hinaus im Projekt „Demokratiestarke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratiarbeit in der Polizei“ tätig.

STELLA KREKELER

hat Neuere und Neueste Geschichte und Public History in Freiburg und Berlin studiert. Sie ist seit 2020 Projektkoordinatorin bei *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. im Fachbereich Jugendbildung und Kompetenzstärkung und betreut Projekte zur Konstruktiven Kommunikation, zu demokratischen Werten und Bildungsangebote für eine Gesellschaft in Vielfalt.

DR. DENNIS RIFFEL

ist wissenschaftlicher Referent und Fachgruppenleiter Geschichtsvermittlung in der Geschäftsstelle von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. in Berlin, studierte Neuere Geschichte, Neuere Deutsche Literatur und Politikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Berlin.

RUTH WUNNICKE

ist wissenschaftliche Referentin bei *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung. Ihre Schwerpunkte sind die DDR-Geschichte sowie die Migrationsgeschichte.

WEITERE PUBLIKATIONEN VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e. V.



AUF DEN SPUREN VON MIGRATION IN WOLFSBURG

Herausgegeben von Annalena Baasch,
Aleksandar Nedelkovski, Dennis Riffel.
Berlin 2022

ISBN: 978-3-9825211-0-7



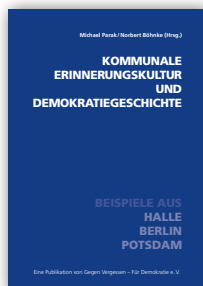
VORBILDER DER DEMOKRATIEGESCHICHTE.

EINSTELLUNGEN UND HANDLUNGEN, DIE BEEINDRUCKEN
UND ORIENTIERUNG GEBEN KÖNNEN

Herausgegeben von Michael Parak und Ulli Engst unter
Mitarbeit von Dennis Riffel.

Berlin 2022

ISBN: 978-3-9824031-5-1



KOMMUNALE ERINNERUNGSKULTUR UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

BEISPIELE AUS HALLE, BERLIN, POTSDAM

Herausgegeben von Michael Parak und Norbert Böhnke.

Berlin 2020

ISBN: 978-3-9820589-3-1



DEMOKRATIEGESCHICHTE BLOGGEN

Herausgegeben von Annalena Baasch, Michael Parak und
Dennis Riffel
Berlin 2020
ISBN: 978-3-9820589-7-9



LOKALE SPURENSUCHE IM THEMENFELD DEMOKRATIEGESCHICHTE.

Eine Handreichung von Annalena Baasch unter Mitarbeit
von Michael Parak, Dennis Riffel und Ruth Wunnicke.
Neuaufgabe 2020
ISBN: 978-3-00-060681-6



VEREINNAHMUNG VON DEMOKRATIEGESCHICHTE DURCH RECHTSPOPULISMUS

Herausgegeben von Michael Parak und Ruth Wunnicke
Berlin, Gegen Vergessen – Für Demokratie und
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2019
ISBN: 978-3-9820589-1-7

Diese und weitere Publikationen können auf folgender Website heruntergeladen
werden: Demokratiegeschichte | Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
(<https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratiegeschichte/>)

MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE(N)?

Dann besuchen Sie unseren Blog <https://www.demokratiegeschichten.de>



DER BLOG demokratiegeschichten.de

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



NOCH MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE?

Dann auf zur **AG ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE**, die seit 2017 besteht und in der Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Gründungsmitglied ist.



Sie ist ein Netzwerk von inzwischen über 100 Organisationen, die sich das Ziel gesetzt haben, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern und darüber demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen.

Mehr Informationen auf: **www.demokratie-geschichte.de**



IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG!

Wir möchten unsere Angebote noch besser auf die Bedürfnisse Ihrer Arbeit ausrichten. Darum freuen wir uns über Ihre Rückmeldung. Vielen Dank für Ihre Zeit und Mühe!

Nehmen Sie aus dieser Handreichung Impulse für Ihre Arbeit mit?

Ja ☐ Nein ☐

Wenn ja, welche?

Haben Ihnen die migrationsgeschichtlichen Perspektiven auf Demokratiegeschichte und die vorgestellten Projekte für Ihre Arbeit weitergeholfen?

Ja ☐ Nein ☐

Wenn ja, welche?

Was hat Ihnen an der Handreichung besonders gut gefallen?

Was können wir aus Ihrer Sicht in unserer nächsten Handreichung verbessern?

Aus welchem Ort kommen Sie?

Ort _____ Postleitzahl _____





Wo sind Sie tätig?

- Kommune ☐
Schule ☐
Außerschulische Bildungseinrichtung ☐
Verein ☐ Wenn Ja, Welcher?

Sonstiges

Wie / wo sind Sie auf unsere Handreichung aufmerksam geworden?

Arbeiten Sie mit der digitalen Ausgabe der Handreichung oder mit der gedruckten?

Digital ☐ Gedruckt ☐

Bitte schneiden Sie Ihre Rückmeldung aus der Broschüre heraus und schicken Sie diese in einem frankierten Umschlag an:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstraße 13–14

10785 Berlin

oder

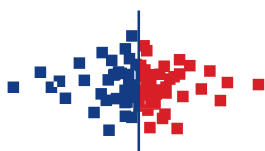
schicken Sie uns Ihre Antworten per E-Mail: info@gegen-vergessen.de

VIELEN DANK!



GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e. V.

verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Der Verein wirbt für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe. In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft entwickelt *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* konstruktive Lösungsansätze, die geeignet sind, Gemeinsamkeiten von Demokratinnen und Demokraten zu betonen.



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

www.gegen-vergessen.de

ISBN 978-3-9825211-4-5